Breslau, Sonnabend, 16. Juli 1932
Nr. 157. Jahrg. 1932

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Wochenend-ausgabe

Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Geheimnis um Neudeck

Drohung mit dem Reichskommissar

Nachdem von Gayl Neudeck bereits wieder verlassen hat, ist von Papen für weitere 24 Stunden der Gast Hindenburgs geblieben. Ueber den Inhalt der Besprechungen wird die Oeffentlichkeit sehr kurz gehalten. Das Hauptinteresse konzentriert sich naturgemäß auf die Frage der etwaigen Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen und dies um so mehr, als soeben sowohl der Nazi-Landtagspräsident Kerrl wie auch der Führer der deutschnationalen Preußen-Fraktion erneut einen Vorstoß in dieser Richtung gemacht haben. Andererseits wird in einer halboffiziellen Darstellung die Frage der Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen als im Augenblick „gar nicht aktuell" bezeichnet, zugleich aber angedeutet, daß diese Frage nach den Reichstagswahlen sofort ein anderes Gesicht bekomme, da sich dann die Notwendigkeit zeigen könne, „die Bildung einer starken parlamentarischen Regierung mit ganz anderem Ernst zu betreiben als bisher". Das ist nichts anderes, als die offene Drohung mit dem Reichskommissar. Entweder fügt sich der preußische Landtag dem Willen des Junkerklubs und bildet aus sich heraus eine Regierung, die dem Willen der Papen und Schleicher gefügig ist, oder aber der Regierungskommissar tritt in der Person des deutschnationalen Winterfeld oder eines anderen Junkers auf die Bühne und vertreibt die noch amtierenden Minister aus ihren Amtsstuben.

In den Kreisen der SPD scheint man sich noch immer nicht mit dem Gedanken abfinden zu können, daß Hindenburg sein Ohr ausschließlich den Junkern und ihren nationalsozialistischen Trabanten leihe. Offenbar hält man soviel Undankbarkeit, wie sie der Eisernen Front jetzt aus dem Hause Neudeck zuteil wird, für ganz unmöglich. Wenigstens hielten es Wels und Breitscheid für zweckmäßig, sich erneut im Namen der SPD telegraphisch an Hindenburg zu wenden und ihm ihr Leid zu klagen. Nach einer Schilderung der durch die Aufhebung des SA-Verbots in Deutschland geschaffenen „bürgerkriegsähnlichen Zustände" wird in diesem Telegramm zum Schluß erklärt: „Die Fortsetzung des bisherigen Kurses beschwört unabsehbare Gefahren für Reich und Volk herauf. Wir ermahnen vor aller Welt in letzter Stunde zur Umkehr."

Wie die Antwort aus Neudeck lauten wird, darüber ist sich wohl niemand im Zweifel. Sie ist auch bereits vorweggenommen durch die Erklärung des Papen-Kabinetts, daß an eine Erneuerung des SA-Verbotes nicht gedacht wird. Was aber bleibt dann der Arbeiterschaft zu tun? Nur ihr Zusammenschluß, ohne Unterschied der politischen Auffassungen, kann das Fortwüten des Naziterrors und den Sieg des Faschismus verhindern. Das aber wird gerade von der SPD-Führung noch immer nicht erkannt. Erst am Donnerstag abend hat Wels wieder in einer großen Eisernen-Front-Kundgebung in Berlin erklärt, „daß es außer der Eisernen Front keine Einheitsfront zur Verteidigung der Volksrechte gebe". Wirklich nicht? Weiß Wels nichts von den vielen wirklichen Einheitsfronten, die sich schon heute in breiten Teilen Deutschlands gebildet haben?

Einheitsausschüsse, Räte und die — KPD

J. Walcher

Steht die heutige KPD noch auf dem Boden der Räte? Die Frage mag müßig, wenn nicht gar lächerlich scheinen, Jedermann kann sich doch unschwer überzeugen, daß die KPD unablässig für Sowjetdeutschland Propaganda macht. Von einer Partei, die ständig Sowiets, also die Räte propagiert, muß man doch ohne weiteres annehmen, daß sie sich zum Rätegedanken mit all seinen Konsequenzen bekennt. Die Praxis zeigt leider ein anderes Bild. Das ganze Verhalten der KPD-Bürokratie in der Einheitsfrontkampagne zwingt zu der Schlußfolgerung, daß zum mindesten die Führung der KPD nicht mehr auf dem Boden des Rätesystems steht.

Die Räte sind Organe der proletarischen Klasse. Sie werden sich erst dann zur vollen Höhe ihrer geschichtlichen Aufgabe aufschwingen können, wenn eine gesunde, aktionsfähige, revolutionäre Partei in den Räten ausschlaggebenden Einfluß besitzt.

An ihrem Ausgangspunkt ist es jedoch durchaus möglich, daß die wirklichen Revolutionäre innerhalb der Räte in der Minderheit sein werden. Die Räte sollen und werden in jedem Stadium des proletarischen Befreiungskampfes die in der Arbeiterklasse vorhandenen Parteien und Strömungen widerspiegeln. Ihre große Bedeutung liegt ja gerade darin, daß sie über den engen Parteirahmen hinaus den Rahmen für die Zusammenfassung der Arbeiterklasse bilden.

Man kann mit Fug und Recht die da und dort bereits bestehenden proletarisch-antifaschistischen Kartelle als die Keimform der künftigen Räte bezeichnen. Im Gegensatz zu den Räten setzen sich jedoch die antifaschistischen Kartelle nicht auf jederzeit abberufbaren, von den Massen in direkter Wahl gewählten Delegierten, sondern aus Vertretern der am Ort vorhandenen Parteien, Gewerkschaften, Sport- und Kulturvereine und der Großbetriebe zusammen. Die antifaschistischen Kartelle sind in einer Periode des sich verschärfenden Klassenkampfes, in der aber die Voraussetzung zur Wahl von Arbeiterverrätern noch nicht gegeben sind, die Organisationsform, die über alle bestehenden prinzipiellen und sonstigen Gegensätze hinweg im Kampf für ganz bestimmte Ziele das einheitliche Operieren der proletarischen Kräfte gestattet.

Es ist nun überaus bezeichnend, daß sich die Führer der KPD zu den antifaschistischen Kartellen, also zur Keimform der künftigen Arbeiterräte überall schroff ablehnend verhalten. Die KPD-Führung lehnt es ab, auf gleichberechtigter Grundlage mit anderen Parteien um die Führung der Arbeiterschaft zu ringen. Für sie gibt es nur eine Einheitsfront, das ist die Einheitsfront unter Führung der KPD.

So ist es seit Jahr und Tag und so ist es auch nach der Aktivswendung geblieben, die die KPD-Strategen unter dem Druck einer breiten Massenstimmung vornehmen mußten. Die Massen fordern allenthalben immer drängender und energischer die Herstellung der proletarischen Einheitsfront. Die derzeitige Strategie der KPD-Bürokratie läuft nun darauf hinaus, dem Massenwillen eine Scheinbefriedigung zu gewähren, um ihn in Wirklichkeit um so gründlicher zu narren.

*

Man braucht sich da nur die verschiedenen antifaschistischen Kongresse, besonders jenen etwas genauer anzusehen, der am Sonntag in Berlin stattgefunden hat, um zu wissen, was gespielt wird. 1500 gewählte Delegierte, darunter 654, die nicht gewerkschaftlich, und 964, die nicht politisch

Fabrikbesetzung in Polen

WTB. Warschau, 14. Juli.

Nachdem bereits in den letzten Monaten in einer großen Zahl polnischer Industriebetriebe wilde Streiks zum Teil erfolgreich durchgeführt worden waren, ist heute in Pabianize eines der größten Unternehmen der polnischen Textilindustrie, die Baumwollwarenmanufaktur Krusche & Ende A.-G., von einer Belegschaft gewaltsam besetzt worden. Als die Arbeiter heute früh an den Fabriktoren die Kündigung von 1200 ihrer Arbeitsgenossen angeschlagen fanden, erbrachen sie gewaltsam die Fabriktore und besetzten in einer Stärke von 3400 Mann den Betrieb. Sie weigern sich, die Fabrik zu räumen, solange die Kündigungen nicht zurückgenommen seien. Die Polizei hat bisher auf Ansuchen der Unternehmer von einem Vorgehen gegen die Streikenden abgesehen.

Massenverhaftungen von Kommunisten

Warschau, 14. Juli.

Die kommunistischen Geheimorganisationen des Kreises Pabianize in der Woiwodschaft Lodz veranstalteten heute vormittag in einem Dorfe bei Pabianize eine Zusammenkunft. Die Polizei, die von diesem Treffen rechtzeitig Kenntnis erhielt, nahm 60 kommunistische Funktionäre fest, die sämtlich in das Bezirksgefängnis von Pabianize übergeführt wurden.

Ungeklärte Lage in Belgien

Ein außerordentlicher Kongreß der belgischen Bergarbeiter hat beschlossen, mit dem Spruch der paritätischen Kommission für den Bergbau den Zweck des Streiks als erreicht anzusehen. Ueber den Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Arbeit wird noch verhandelt.

Dennoch erscheint es fraglich, daß dies auch das Ende der Kampfbewegung bedeutet. Diesem Zweifel kann sich auch der Vertreter des Sozialdemokratischen Pressedienstes nicht verschließen, der in einem Bericht die Bewegung mit einer ins Rollen geratenen Lawine vergleicht. Tatsächlich haben noch am 14. Juli die Belegschaften zweier Betriebe in Gent die Arbeit niedergelegt. Desgleichen wird über mehrere neue Arbeitseinstellungen im Tal der Sambre berichtet. Dagegen soll in verschiedenen Steinbrüchen die Arbeit wieder aufgenommen worden sein.

Streik bei der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft

Wien, 14. Juli.

Die Arbeiter der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft sind gestern in den Ausstand getreten. Sie hatten, da sie mit einer vertraglich vorgesehenen Lohnkürzung nicht einverstanden waren, passive Resistenz geübt. Infolgedessen waren von der Gesellschaft 14 Arbeiter entlassen worden. Daraufhin haben sich heute die übrigen Arbeiter mit den Entlassenen solidarisch erklärt. Es handelt sich um etwa 200 Mann.

Ein Aufruf der brasilianischen Aufständischen

Paris, 14. Juli.

Havas berichtet aus Montevideo, die Aufständischen im Staat Sao Paulo hätten einen Aufruf erlassen, in dem erklärt werde, daß die Vorhut der konstitutionalistischen Gruppe gegen die Provinzen vorrücke, die der jetzigen Regierung die Treue bewahren. Das Programm der Aufständischen umfasse folgende drei Punkte: Einheit Brasiliens, Wiederherstellung der militärischen Disziplin und Wiedereinführung eines verfassungsmäßigen Zustandes. Die brasilianische Bundesregierung beabsichtige, dem Vorrücken der konstitutionalistischen Gruppen energischen Widerstand entgegenzusetzen.

Um den Arbeitsdienst

Während es anfänglich so dargestellt wurde, als würde mit dem neuen vom Kabinett verabschiedeten Entwurf an dem bisherigen Zustand des Arbeitsdienstes nichts Nennenswertes geändert, wird nun durch die in enger Verbindung zu dem Junker-Kabinett stehende „Berliner Börsen-Zeitung" bestätigt, daß im Gegenteil „eine grundsätzliche wesentliche Erweiterung des Kreises derjenigen vorgenommen worden ist, die den Arbeitsdienst leisten können." „War bisher", so führt das Blatt aus, „es nur möglich, Dienstwillige einzustellen, die eine Arbeitslosenunterstützung bezogen, wird es jetzt möglich sein, alle deutschen Jugendlichen zum Arbeitsdienst heranzuziehen. Während im April an einem Stichtage nur rund 38 000 Menschen im freiwilligen Arbeitsdienst standen, werden es die neuen Mittel erlauben,

100 000 Personen während des Etatjahres im freiwilligen Arbeitsdienst zu beschäftigen.

Der Kreis der Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes wird dahin umrissen, daß alle Vereinigungen, die für den freiwilligen Arbeitsdienst eintreten, ebenso Träger der Arbeit sein können, wie Erwerbsgesellschaften, die voll oder vorwiegend gemeinnütziger Natur sind. Auch politische Gruppen sind nicht ausgeschlossen. Das wesentliche des Entwurfes ist jedoch, daß er in Anlage und Form den Grundstein bilden soll zur Prüfung der Frage,

ob der freiwillige Arbeitsdienst später zur Arbeitsdienstpflicht ausgebaut werden kann."

Diese Darstellung stimmt überein mit einer halbamtlichen Information, die vom Wolffschen Telegraphenbüro verbreitet wird und in der ebenfalls betont wird, daß diese Verordnung „nur ein Anfang" sei. Es ist darum offenbar nur eine Frage der Zeit, wielange an der „Freiwilligkeit" des Arbeitsdienstes festgehalten und wenn daraus eine Arbeitsdienstpflicht, d. h. Zwangsarbeit wird, wie sie der General Schleicher in Uebereinstimmung mit Goerdeler fordert.

Im übrigen besteht wohl kein Zweifel darüber, die der Satz, „daß auch politische Organisationen nicht ausgeschlossen sind", zu verstehen ist. Denn da die engen Beziehungen der Regierung Papen zu den Nazis bekannt sind, versteht es sich von selbst, daß die „nicht ausgeschlossenen politischen Organisationen" vor allem die Braunhemden sind.

SAP-Liste 3a

In einer am Donnerstag abgehaltenen Sitzung hat der Parteivorstand beschlossen, bei den kommenden Reichstagswahlen die Liste der SAP an die Liste der KPD anzuhängen, um den möglichen Verlust von Stimmen zum Nachteil der Arbeiterklasse zu verhindern. Dieser Beschluß ändert nichts an der Selbständigkeit des Wahlkampfes der SAP. Er enthält auch keinerlei politische Stellungnahme, sondern stellt lediglich eine technische Maßnahme dar, die der Parteivorstand als notwendig erachtet, nachdem die von der SAP wiederholt geforderte Schaffung einer gemeinsamen Reichsliste aller proletarischen Parteien — eine Forderung, die in der ganzen Arbeiterklasse einen außerordentlich starken Widerhall gefunden hat — an dem gleichermaßen ablehnenden Verhalten der SPD und KPD gescheitert ist. Infolgedessen wird die Liste der SAP in der Reichstagswahl'ste geführt werden als

Liste 3a

erscheinen.

---

organisiert waren, haben angeblich an dem Kongreß teilgenommen. Nach den Worten Thalmanns war der Kongreß keine Parteiangelegenheit, sondern eine Sache der Berliner Arbeiterschaft. Um die Ueberparteilichkeit des Kongresses noch mehr hervorzuheben, wird von den Veranstaltern geflissentlich betont, daß auch sozialdemokratische und Reichsbanner-Arbeiter zahlreich teilgenommen hätten.

Das Gewicht dieser sozialdemokratischen Arbeiter wird freilich etwas herabgemindert durch die Mitteilung, daß diese sozialdemokratischen Arbeiter einer Resolution zugestimmt haben, die in die Aufforderung gipfelt, am 31. Juli für die Liste der KPD zu stimmen. Diese sozialdemokratischen Arbeiter haben also offensichtlich bereits aufgehört, Sozialdemokraten zu sein. Es handelt sich aber nicht um die Herstellung der Einheitsfront mit gewesenen, sondern mit den Millionen wirklich sozialdemokratischer Arbeiter!

Das Problem, das die Arbeiterschaft um Lebens und Sterbens willen lösen muß, kann nicht durch eine schlecht maskierte KPD-Veranstaltung bewältigt werden. Auf solche Weise wird die Herstellung der proletarischen Einheitsfront nicht erleichtert, sondern erschwert. Es hat nichts mit Förderung der proletarischen Einheitsfront zu tun, wenn dem Kongreß ein von der KPD-Bürokratie zusammengeschobenes Präsidium auf die Nase gesetzt wird. Es hat auch nichts mit Forderung der Einheitsfront zu tun, wenn die KPD-Bürokratie die Diskussion derart reguliert, daß den Delegierten je nach ihrer „Wichtigkeit" das Wort erteilt, wobei die „Wichtigkeit" natürlich von der KPD-Bürokratie bestimmt wurde. Es hat auch nichts mit Förderung der proletarischen Einheitsfront zu tun, wenn den Delegierten geladener Oganisationen, wie z. B. der SAP, KPO und des Leninbundes, auf Betreiben der KPD-Bürokratie die Zulassung verweigert wird.

Auf diesem Wege kommt die deutsche Arbeiterschaft niemals zur Einheitsfront. Auf solche Weise werden nur notwendige und richtige Ideen in Mißkredit gebracht. Antifaschistische Kongresse in den Bezirken, ein zentraler antifaschistischer Kongreß fürs ganze Reich — was könnte es Besseres und Nützlicheres in dieser Stunde geben, wo faschistische Mörderbanden immer methodischer und grausamer gegen die Arbeiterschaft und ihre Einrichtungen wüten. Aber solche Veranstaltungen haben heute nur Sinn und Zweck, wenn hinter ihnen die gesamte zum Kampf bereite und für die Erringung des Sieges unentbehrlichen Arbeiter und ihre Organisationen stehen.

Das Zustandekommen solcher Kampfkongresse erfordert vor allem, daß die KPD-Führung ihre These: Einheitsfront nur unter Führung der KPD auch in ihrer maskierten Form aufgibt. Das revolutionäre Interesse gebietet das politische Wirken auf dem Boden antifaschistischer Kartelle. Steht die KPD-Führung auf dem Standpunkt: antifaschistische Kartelle, aber nur unter Führung der KPD, so ist das genau so, als wenn sie sagen würde, Räte, jawohl, aber nur unter Führung der KPD. Für ungeschulte Ohren mag das sehr revolutionär klingen, die Folgen einer solchen Politik sind leider konterrevolutionär, ihr Nutznießer ist der Faschismus.

Es ist an der Zeit, daß die denkenden KPD-Mitglieder wenigstens vor der Parteiöffentlichkeit aussprechen, was sie gelegentlich unter vier Augen mit Bekümmernis eingestehen.

Der „Angriff" verboten

Berlin, 14. Juli.

Das Polizeipräsidium teilt mit:

„Der Polizeipräsident hat den „Angriff" bis zum 23. Juli einschließlich verboten. Anlaß zu diesem Verbot gaben die Nummern 139 bis einschl. 144 des „Angriff". In diesen Zeitungsnummern wurden die Justiz, die Polizei im allgemeinen, die Berliner Polizei im besonderen, der Minister des Innern, der Polizeipräsident in Berlin und der Polizeipräsident von Frankfurt am Main beschimpft und böswillig verächtlich gemacht. Ferner hat der „Angriff" in seiner Nummer 144 die katholische Kirche gröblich beschimpft und böswillig verächtlich gemacht. Endlich wurden durch verschiedene Artikel in den genannten Zeitungsnummern lebenswichtige Interessen des Staates dadurch gefährdet, daß unwahre und entstellte Tatsachen behauptet wurden.

Wo bleibt der amtliche Bericht über Ohlau?

Die gesamte Rechtspresse, soweit sie mit den Nazis sympathisiert, benützt die Vorfälle in Ohlau zu einer unerhörten Hetze gegen die Arbeiterklasse, insbesondere gegen das Reichsbanner und gegen die Kommunisten. Die Tatsache, daß in Ohlau der Terror der Nazi auf einen geschlossenen Widerstand der Arbeiterschaft stieß und daß hierbei die Nazis nicht mit heiler Haut davon kamen, genügt dieser Presse als Beweis, daß ein planmäßiger Ueberfall auf die von ihr gehätschelten Braunhemden vorliegt. Ein gewisser Vorschub wird dieser Hetze durch eine Darstellung der Ohlauer Polizeiverwaltung geleistet, die indessen mehr als in einer Hinsicht zweifelhaft ist. Dieser Bericht geht mit keinem Wort auf die Naziprovokationen ein und schiebt die gesamte Schuld auf das Reichsbanner. Nicht ein Wort über die Verwundeten und von den Nazis viehisch zugerichteten Arbeiter. Selbst Vorfälle wie der Ueberfall eines SA-Trupps auf das Haus in der Oderstraße werden nur angedeutet. Aus einem SA-Leute in Stärke von etwa 400–500 Mann seien — also lautet die Darstellung — einige SA-Leute in das Haus in der Oderstraße eingedrungen, darauf wären drei bis vier Schüsse ertönt, durch die zwei Frauen im Hause verletzt wurden. Das ist alles! Gerade an dieser Stelle bricht der Bericht ab.

Offenbar ermutigt durch diese tendenziöse Darstellung, erhebt die Rechtspresse nun wie auf Kommando den Ruf

„Wo bleibt der amtliche Bericht?"

Auch das ist ein nur allzu durchsichtiges Manöver. Einmal will man der Oeffentlichkeit vortäuschen, es würden wichtige Tatbestände zugunsten des Reichsbanners vertuscht, und zum anderen — und das ist das Entscheidende — will man die amtliche Untersuchung von vornherein unter gebührenden Druck setzen. Dieses Verfahren entspricht zu sehr den Methoden der Nazis, als daß es noch den geringsten Eindruck auf die Oeffentlichkeit machen könnte. Mit ungleich mehr Berechtigung kann vielmehr die Arbeiterklasse den Ruf nach dem amtlichen Bericht erheben. Dessen unverzügliche Herausgabe erscheint um so unerläßlicher, als der Bericht der Ohlauer Polizeiverwaltung bereits dazu herhalten muß, um nicht mehr und nicht weniger als das Verbot des Reichsbanners zu fordern. Darum: Heraus mit dem amtlichen Bericht, und zwar ohne Verzug!

Wer mordet Arbeiter?

Unter dieser Ueberschrift plakatiert die nationalsozialistische Mörder-Soldateska anläßlich des blutigen Sonntag in Ohlau neuerliche verleumderische Angriffe gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft. Mit frecher Stirn stellt man die in Ohlau erfolgten Zusammenstöße, wo Arbeiter sich ihrer Haut wehrten und gegenüber den Nazihorden um ihr Leben kämpften, als „einen Ueberfall der Eisernen Front aus dem Hinterhalt auf völlig unbewaffnete (!) SA-Leute, auf wehrlose Arbeiter" dar.

Wenn noch je ein Zweifel bestände, wer diese ungeheure Blutschuld der letzten Wochen auf dem Gewissen hat, wird dieser mit einem Schlage durch die an Bestialität und feiger Hinterlist alles bisherige übertreffenden Ueberfälle auf kommunistische Arbeiter in Berlin-Siemensstadt und Berlin-Oberschöneweide beseitigt.

Wir berichteten bereits gestern kurz in einer Chronik über das Wüten des faschistischen Terrors, wie Nazis ohne jeden Anlaß, aus dem Hinterhalt, mit wohlgezielten Schüssen ruhig von einer Demonstration heimkehrende kommunistische Arbeiter in Siemensstadt niederstreckten. Das grauenvolle Resultat: Zwei Arbeiter tot, neun schwerverletzt.

Hier kann es keinen Polizei-, keinen Pressebericht geben, der die Nationalsozialisten als die Angegriffenen und die sich Verteidigenden als die Angreifer hinstellen könnte. Das „Berliner Tageblatt" schreibt zu diesem Blutbad unter der Ueberschrift: „Mörder in Uniform":

> **„Darüber, wer die Schuld an diesen Zusammenstößen trägt, wer die Schüsse abgefeuert, wer angegriffen hat, gibt es diesmal keine Zweifel mehr: Einwandfrei steht fest, daß Nationalsozialisten blindlings gefeuert, daß SA-Leute die Zwischenfälle planmäßig herbeigeführt haben."**

Es muß jedem Arbeiter zu denken geben, daß der von Augenzeugen als Mörder erkannte festgenommene Nationalsozialist sich in Zivilkleidung befand. Das krampfhafte Bemühen der Nazis, die Schuld an diesen aus dem Hinterhalt erfolgenden feigen Ueberfällen auf die Arbeiter zu lenken, läßt sie nicht davor zurückscheuen, Nazis in Zivilkleidung vorzuschicken, um ihre ganze uniformierte Bande möglichst als an der Sache unbeteiligt hinzustellen.

Der zweite am gleichen Tage von den Nazis ausgeführte Feuerüberfall auf heimkehrende kommunistische Arbeiter in Oberschöneweide bestätigt die Planmäßigkeit, mit welcher die Mordbanditen wehrlose Arbeiter kaltblütig niederknallen.

Sie haben den Tod vieler Arbeiter auf dem Gewissen, sie ziehen Tag für Tag mordend im Lande umher, um dann mit frecher Stirn die Arbeiterschaft als die Verantwortlichen für das angerichtete Blutbad hinzustellen.

„Wer mordet Arbeiter?"

Berlin-Siemensstadt und Oberschöneweide öffnen auch dem letzten Zweifelnden die Augen. Die zwei Toten und die sieben Schwerverletzten mahnen die gesamte Arbeiterschaft zum tatkräftigen Zusammenschluß im

Arbeiterblock,

der nur allein die Aktionskraft schaffen kann, an der alle faschistischen Angriffe zerschellen werden.

Von Nationalsozialisten erstochen

Berlin, 15. Juli.

Zusammenstöße zwischen Anhängern extremer Richtungen forderten in der vergangenen Nacht wiederum mehrere Opfer. Bei einer Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten im Norden Berlins wurde ein keiner Partei angehörender Bäcker durch einen Bauchschuß schwer verletzt. Zwei Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe leicht verletzt.

In Schöneberg wurde ein Schlosser von Nationalsozialisten niedergestochen, er mußte in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden.

Dessaus Proletariat ehrt einen Kämpfer

Am Mittwoch fand die Leichenfeier für den von den Nazis gemordeten Genossen Feuerherdt, Hundertschaftsführer der Schufo, statt. Nachmittags 2 Uhr nahmen die Organisationen und die Arbeiterschaft von den im großen Konzertgarten des „Tivoli" aufgebahrten sterblichen Ueberresten von Fritz Feuerherdt Abschied. Tausende Arbeiter standen ergriffen am Sarge und für Tausende Arbeiter war der Garten des „Tivoli" zu klein. Sie mußten draußen bleiben. Die Organisationen der Arbeiterschaft entboten ihrem toten Kameraden den letzten Gruß. Es fehlte nicht einer der Arbeiterverbände Dessaus. Unter den hundert Fahnen des Dessauer Proletariats sah man die schwarz umflorten Embleme der SAP, der KPD, der RGO, der verschiedenen SPD-Formationen, des Reichsbanners. Sie alle waren herbeigeeilt, ihren gefallenen Kameraden noch einmal zu grüßen. Es war ein erschütternder Augenblick, als die Tausende Arbeiter mit emporgereckter Faust gelobten, das Werk des gefallenen Streiters fortzusetzen bis zur endgültigen Niederschlagung des Faschismus.

Dann wurden die Ueberreste von Fritz Feuerherdt zum Dessauer Krematorium überführt. Geleitet von der Schufo-Hundertschaft, deren Führer Feuerherdt war, folgten ihnen Tausende und aber Tausende. Das Dessauer Proletariat weiß, was es seinem gefallenen Bruder schuldet. Ueber alle Parteischranken hinweg einte der Schmerz das Proletariat aller Parteien. Dessau stand im Zeichen der Einheitsfront der Arbeiterschaft. Sämtlicher Verkehr ruhte für die Zeit des Umzugs; eine ganze Anzahl Dessauer Betriebe hatte schließen müssen. Rechts und links an den Straßen standen die Alten des Proletariats und ließen in stummer Ergriffenheit den Zug passieren. Noch nicht die Hälfte der Leidtragenden konnte der Platz vor dem Krematorium fassen.

Neue Zuchthausurteile gegen Kommunisten

Berlin, 14. Juli.

Das Schwurgericht III verurteilte im Prozeß Horn und Genossen, bei dem es sich, wie erinnerlich, um einen Feuerüberfall von Mitgliedern der kommunistischen Ortsgruppe in Friedrichsfelde auf heimkehrende Nationalsozialisten am 27. November vorigen Jahres handelte, die Angeklagten Wirchow, Meißner, Schirmer und Meyer zu je drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust und den Angeklagten Wachholz zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust, und zwar wegen versuchten Totschlages, schweren Landfriedensbruchs und Waffenvergehens. Der Angeklagte Matzke wurde wegen schweren Landfriedensbruchs und Rädelsführerschaft zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust, der Angeklagte Marquardt zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Führer der Ortsgruppe, Horn, gegen den der Staatsanwalt fünf Jahre Zuchthaus wegen Anstiftung beantragt hatte, wurde freigesprochen, ebenso der Angeklagte Mittelstädt.

Nürnberg, 14. Juli.

Das Schöffengericht verurteilte heute zwei Kommunisten, die an einem Ueberfall auf Nationalsozialisten am 11. Juli beteiligt waren, zu fünf und drei Jahren Zuchthaus.

Die neue Aera in Anhalt

Die gesamte sozialdemokratische Presse Anhalts verboten

Dessau, 14. Juli.

Mit dem gestern erfolgten Verbot der Bernburger Volkswacht hat das Staatsministerium auch das Verbot der Kopfblätter der genannten Zeitungen in Köthen und Zerbst verbunden. Damit darf jetzt in Anhalt keine einzige sozialdemokratische Zeitung erscheinen.

Tödliche Mißhandlung eines Lehrling durch die Polizei

Ein Fall unglaublicher Brutalität seitens der Polizei wird durch eine CNB-Meldung vom 13. Juli bekannt. In der Nacht des 6. Juli wurde der 16jährige Lehrling Werner Neuendorf, Berlin, auf der Polizeiwache des 252. Reviers „angeblich wegen Trunkenheit und wegen Verunreinigung eines Straßenbahnwagens" eingeliefert. Im Laufe kurzer Zeit wurden derartige Veränderungen des Aussehens und des Verhaltens des Lehrlings Neuendorf festgestellt, daß die Beamten sich gezwungen sahen, einen diensttuenden Arzt der Rettungsstelle hinzuzurufen. Dieser konnte nur noch den Tod aus „unbekannter Ursache" feststellen, mit der Vermutung, es liege Erstickung durch Einatmung von erbrochenem Mageninhalt im Zustande schweren Alkoholrausches vor.

Fest steht, daß sich der Lehrling Werner Neuendorf am gleichen Abend einem Wanderverein anschloß, der zur Treptower Wiese marschierte, um dem Feuerwerk beizuwohnen. Die Wiese wurde durch Schutzpolizei geräumt und Neuendorf hat hierbei Schläge mit dem Polizeiknüppel über den Kopf erhalten. Die Folgen dieser Schläge zeigten sich in dem „sonderbaren", von der Polizei als „Trunkenheit bezeichneten Zustand". Durch das Eingreifen des Onkels des Neuendorf ist eine Obduktion der Leiche erreicht worden. Befund: Neuendorf hat einen Schädelbruch ausgedehnte Blutung in die Schädelhöhle, hervorgerufen durch Schläge mit einem stumpfen Gegenstand, erlitten und ist daran gestorben."

Dieser ungeheuerliche Fall von Brutalität der Polizei gegenüber einem harmlosen Zuschauer bei einem Feuerwerk muß die größte Empörung auslösen; es muß die strengste Untersuchung und die Verantwortlichmachung des schuldigen Beamten gefordert werden, der durch seine brutalen Mißhandlungen den Tod eines jungen Menschen auf dem Gewissen hat

Hohe Zuchthausstrafen im Norkus-Prozeß

Berlin, 14. Juli.

In dem Prozeß Norkus wurde heute in später Abendstunde das Urteil gefällt. Der kommunistische Angeklagte Stolt, der Führer der Moabiter Gruppe der Kommunisten, wurde wegen schweren Landfriedensbruches und Raufhandels zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Kommunist Post und der Stennesmann Kuhlmann erhielten wegen Verbrechens nach § 1 des Republikschutzgesetzes zwei Jahre bzw. drei Jahre Zuchthaus. Beiden wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre aberkannt. Wegen Landfriedensbruches und Raufhandels wurde der Kommunist Kuhli zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Auf eine Zuchthausstrafe von drei Jahren und auf drei Jahre Ehrverlust erkannte das Gericht gegen den früheren Kommunisten und jetzigen Nationalsozialisten Seeburg wegen Verbrechens nach § 1 des Republikschutzgesetzes, Landfriedensbruches und Raufhandels. Der Angeklagte Gundel wurde zu einem Jahr Gefängnis wegen Vergehens gegen § 2 des Republikschutzgesetzes verurteilt. Freigesprochen wurden die vier Angehörigen der Moabiter Stennesgruppe Lichtenberg, Schematt, Stachehl und Klose.

Die Urteile liegen nicht unerheblich unter den Strafanträgen, die beispielsweise für Kühlmann und Pohl auf je 6 Jahre Zuchthaus lauteten. Dagegen hat das Gericht sich hinsichtlich des Kommunisten Stolt restlos dem Antrag der Staatsanwaltschaft angeschlossen.

In seinem Plädoyer führte der Staatsanwalt u. a. aus:

Dieser Mord könne wohl als das grausamste und bestialischste Verbrechen bezeichnet werden, das man auf dem Gebiet der politischen Gewalttätigkeiten bisher erlebt hat. Ein junges, blühendes Menschenleben sei hinterrücks und heimtückisch durch fünf Messerstiche in den Rücken niedergemacht worden. Nicht bloß die Tat sei grausam und bestialisch gewesen, sondern ebenso grausam sei die Vorbereitung gewesen.

Norkus sei für zehn Stiefel Bier nach der Verabredung zwischen den Stennes-Leuten und den Kommunisten hingemordet worden.

Das Spitzelwesen habe in diesem Prozeß geradezu Orgien gefeiert. Bei der Strafzumessung sei zu berücksichtigen, daß es sich um die Aburteilung einer Tat handele, die den höchsten Grad der Verrohung und Verwilderung der Jugend erreicht habe.

Für den Arbeiterblock

Aus Greifswald wird uns geschrieben:

Wie bereits berichtet, wurde zwischen der KPD, SAP, dem Deutschen Freidenkerverband und vier freigewerkschaftlichen Organisationen die Einheitsfront geschlossen. Der erste Aufmarsch dieser Organisationen mit ca. 700 Arbeitern hat einen derartigen Eindruck hinterlassen, daß einige Tage darauf die Hammerschafts- und SPD-Leute uns auf der Straße erklärten:

„Was wollt ihr eigentlich, wollt ihr uns nicht haben oder was ist los?"

Als wir diesen Genossen erklärten, daß wir die SPD mehrmals zur Schließung der Einheitsfront aufgefordert und ablehnenden Bescheid erhalten hätten, übten die SPD-Genossen auf ihre örtliche Leitung den entsprechenden Druck aus, mit dem Kampfausschuß der bestehenden Einheitsfront zu verhandeln. Diese Verhandlung zog sich mehrere Stunden hin. Schließlich erfolgte eine Verständigung auf folgender Grundlage:

1. Der Anschluß der SPD an die Einheitsfront soll in der nächsten Mitgliederversammlung der SPD besprochen werden. Die SPD gibt das Ergebnis der Einheitsfront bekannt.
2. Es werden zwei Demonstrationen durchgeführt, und zwar am Freitag, den 8. Juli, und Sonntag, den 10. Juli. In dieser Demonstration werden nur Parteifahnen mitgeführt, damit nach außen hin ersichtlich ist, daß alle Arbeiterparteien gemeinsam marschieren. Die Referenten haben sich jeglicher parteipolitischen Tendenz zu enthalten.

So marschierten nach langer Zeit SPD, KPD und SAP gemeinsam auf. Arbeiter, die bislang abseits gestanden hatten, fanden sich wieder ein. Am Freitagabend demonstrierten in mustergültiger Disziplin über 1000 Arbeiter.

Ganz Greifswald war auf den Beinen.

Zwei Stunden marschierten die Kolonnen des Proletariats durch die Straßen Greifswalds. Tausende begleiteten den Zug. Im Arbeiterviertel wurden wir mit Jubel empfangen. In den sogenannten vornehmen Straßen der Bourgeoisie, die wir absichtlich durchmarschierten, fanden wir verschlossene und verhangene Fenster.

Am Sonntag folgte die nächste Demonstration. Wieder formierten sich die Kolonnen des Proletariats. Trotz der sengenden Sonne demonstrierten

1500 Arbeiter

zum Kampfe gegen den Faschismus. Wieder erlebten wir das Schauspiel wie am Freitag.

*

Barth i. Vorp. Auch hier haben sich endlich SPD, KPD und SAP gefunden. Durch das dauernde Trommeln der SAP und durch die unendliche Kleinarbeit der Barther SAP-Gruppe ist dieser Erfolg zu verzeichnen. Daß KPD- und SPD-Leitung ängstlich vermeiden, in ihren Ansprachen die Arbeit der SAP-Genossen zu erwähnen, ist begreiflich. Es hindert uns aber nicht daran, mit aller Zähigkeit weiterzuarbeiten.

Am kommenden Sonntag wird in Barth die SPD, KPD, SAP und das Reichsbanner unter Hinzuziehung des gesamten Kreises aufmarschieren.

Gemeinsamer Aufmarsch in Lauenburg

Auf gemeinsamen Beschluß veranstalteten sämtliche politische Arbeiterparteien Lauenburgs und deren Nebenorganisationen am vergangenen Sonntag eine gemeinsame Demonstration mit anschließender Kundgebung. Erst um 3½ Uhr sollte der Abmarsch stattfinden, doch schon um 2 Uhr waren die umliegenden Straßen des Lokals Baden dicht mit Menschen besetzt. Pünktlich um 3½ Uhr erfolgte dann unter Vorantragen der Banner aller Parteien und unter den Klängen der „Proletarischen Musikvereinigung" sowie der Reichsbannerkapelle der Abmarsch.

Der Zug, der zirka 1300 antifaschistische Kämpfer aufwies und der von hunderten Sympathisierenden begleitet wurde, marschierte durch verschiedene Straßen zum Marktplatz, wo über 3000 Menschen versammelt waren. Als erster sprach unser SAP-Genosse Konrad Bistram. Seine Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Danach sprach der Gen. Massel von der KPD und der Genosse Scharnowski-Stettin von der SPD. Ihre Ausführungen fanden gleichfalls brausenden Beifall. Hierauf marschierten die Arbeiterbataillone zurück zum Lokal Baden. Ein dreifaches Hoch auf die deutsche Arbeiterklasse beendete die Kundgebung.

Werden der Einheitsfront!

Die Stralsunder Konsum- und Spargenossenschaft veranstaltete anläßlich ihres 25jährigen Bestehens einen großen Festumzug, an dem sich alle Organisationen der „Eisernen Front" beteiligten und für sich zu Wahlpropaganda ausnutzten. Die Organisationen der revolutionären Arbeiterschaft Stralsunds hatte man nicht eingeladen. Als sich der Zug durch die Straßen bewegte, wurde er auf dem Neuen Markt von einer Hundertschaft der im „Roten Massenselbstschutz" vereinigten Mitglieder der SAP und KPD begrüßt. Die Hundertschaft der revolutionären Arbeiterschaft reihte sich darauf in den Zug ein, um den in der „Eisernen Front" vereinigten Klassengenossen den ernsten Willen zur wirklichen Einheitsfront zu zeigen. Durch diese Beteiligung ist keine unserer revolutionären Forderungen aufgegeben worden. Die SPD-Presse hat diese Begebenheit in vollem Verständnis der Situation begrüßt und festgestellt, daß es seit vielen Jahren wieder das erste Mal gewesen sei, daß es in Stralsund nur eine Arbeiterschaft gegen den einen Feind, den Faschismus, gegeben habe. Möge sich die SPD in kommenden Situationen ebenfalls ihrer proletarischen Pflicht gegenüber dem revolutionären Teil der hiesigen Arbeiterschaft bewußt sein. Dann wird die wirkliche Einheitsfront noch rechtzeitig geschaffen werden können.

Auch in Fürstenwalde

Das freche Auftreten der Nazis in der Industriestadt Fürstenwalde, die vor etlichen Tagen einen regelrechten Sturmangriff auf ein Arbeiterlokal ausgeführt hatten, veranlaßte Vertrauensleute der SPD, der KPD, des Reichsbanners, der Arbeitersportler, des Freidenkerverbandes und des Gewerkschaftsausschusses zu einer gemeinsamen Demonstration aufzurufen.

Diese einheitliche Demonstration fand am Mittwoch statt. Ein machtvoller Demonstrationszug, wie er seit neun Jahren hier nicht mehr zu sehen war, durchzog die Stadt. Etwa 4000 Teilnehmer bekundeten ihren ernsten Abwehrwillen gegen den Faschismus. Es sprach ein Reichsbannerortsführer und ein Genosse der KPD. Aus den Reden klang aber noch ein Ton heraus, der den Anschein erweckte, als ob die Demonstration nur eine Angelegenheit der SPD und KPD sei, als ob Parteifronten aufmarschiert wären. In Zukunft wird die Klassenfront, die tatsächlich gebildet war, sich auch klarer und eindeutiger in den Reden widerspiegeln müssen.

Ein Hoch wurde ausgebracht auf die Einheitsfront zwischen SPD und KPD. Viele entmutigte Klassengenossen haben durch diese Demonstration neuen Mut gewonnen. — Der Nazi-Org-Kommandeur Gregor Strasser, der am kommenden Sonntag hier spricht, wird außer der abkommandierten Landbevölkerung nur Mitglieder des untergehenden Mittelstandes als Zuhörer haben.

Der braune Terror in Trebbin

Gewaltige Demonstration Zeichen der Einheit!

Eine gemeinsame Demonstration mit anschließender Kundgebung am Marktplatz, veranstaltet von allen Arbeiter-Organisationen, die sich gegen den Faschismus, insbesondere aber gegen die Kasernierung von 120 Nazis in Trebbin richtete, war bereits das Ziel planmäßiger Naziprovokationen. Schon auf dem Sammelplatz provozierten die Nazis. Die Disziplin der Arbeiter verhinderte Zusammenstöße. Als sich der Zug in Bewegung setzte — voran die roten Banner der SAP, SPD und KPD —, sah man es allen Proleten an, daß durch diese gemeinsame Demonstration neuer Mut und neue Hoffnung sie erfüllte. Als der Zug am Marktplatz einmarschierte, wurde er von den Nazis mit „Heil Hitler"-Rufen empfangen. Im Nu entstand eine Situation, in der es wiederum nur der Disziplin der Arbeiter zu verdanken war, daß es nicht zu ernsten Zusammenstößen kam. Wie nicht anders zu erwarten war, drängte die Polizei — insbesondere die Landjäger der Ueberfallkommandos — die Arbeiter zurück! Während der Kundgebung, die Gen. Palmke eröffnete, riefen die Hitler-Jungen immer ihr „Heil Hitler" und „Deutschland erwache!" Nachdem Gen. Benscheck (AGDB und SPD) und Gen. Riemann (KPD) anfeuernde Worte gesprochen hatten, schloß Gen. Palmke (SAP) die Kundgebung, indem er darauf hinwies, daß es notwendig sei, diese Einheitsfrontbewegung, die von den Arbeitern aller Richtungen gewollt wird, hinauszutragen ins ganze Reich, insbesondere aber in die Großstädte. Nur dann können wir dem Faschismus einen wirksamen Damm entgegenstellen, an dem er scheitern wird.

Als sich der Demonstrationszug wieder in Bewegung setzte, setzen wieder die Provokationen der Nazis ein, sie stellen sich in Reih und Glied auf und pöbeln unter dem Schutze der Polizei den Zug der Arbeiter mit ihren Rufen und Liedern an. Umgekehrt hätte die preußische „Volks"polizei ihre „Pflicht" gegenüber dem Staate nicht vergessen und hätte die Arbeiter mit dem Gummiknüppel auseinandergehauen! Die Arbeiter Trebbins haben, wenn noch nie, so am vergangenen Freitag gemerkt, daß sie sich nicht auf irgendwelche staatliche Hilfe stützen können!

Noch drastischer wurde das klar, als Tags darauf eine wüste „Strafexpedition" der Nazibanden ansetzte. Am Sonntag abend überfielen nämlich an der Ecke Linden- und Berliner Straße die Nazis einzelne Arbeiter und verletzten sie schwer. Die Nazis liefen im Sturmschritt die Linden- und Fischerstraße durch und riefen „Straße freil", „Fenster zu!" Wer sich ihnen in den Weg stellte, oder nur zufällig auf der Straße war, wurde niedergeschlagen!

Es wird Zeit, daß die Arbeiterschaft dem Faschistenspuk endlich ein Ende bereitet und sich auf ihre Kraft besinnt, nur ein Zusammenschluß aller Klassengenossen bringt die Rettung.

3500 demonstrieren in Mainz

Wieder hatten SAP, KPD und Roter Massenselbstschutz zu einer antifaschistischen Einheitsfrontkundgebung am Samstag aufgerufen. Sie fanden bei der Mainzer Arbeiterschaft willige Gefolgschaft. Ueber 3500, meist im roten Massenselbstschutz organisierte Proleten fanden sich auf den Stellplätzen ein, um in gemeinsamem Demonstrationszug die

bisher größte und eindrucksvollste Kundgebung der revolutionären Mainzer Arbeiterschaft

durchzuführen. Zum ersten Male sah man Gruppen von SAP-Leuten im Zug. Angeführt wurde die Demonstration von den erstmals in der revolutionären Front mitmarschierenden Spielleuten der Arbeitersportler. In der Nähe der SPD-„Volkszeitung" begrüßten Gruppen von Reichsbannerkameraden mit „Freiheit"-Rufen die Vorbeimarschierenden, die freudig mit „Rotfront" antworteten. Auf dem Schloßplatz fand die Kundgebung nach Ansprachen von Vertretern der KPD und SAP ihren Abschluß mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale. Anerkennenswert war das Verhalten der Referenten, die die ganze Schärfe ihrer Ausführung nur gegen den Klassenfeind richteten. Die Demonstration machte einen nachhaltigen Eindruck auf die Mainzer Bevölkerung. Sie hat manchem schon bald verzweifelten Kampfgenossen neue Hoffnung und frischen Mut eingeflößt.

Ein Redner der SAP konnte zum erstenmal in einer Versammlung des Erwerbslosenausschusses von Gonsenheim bei Mainz sprechen. Der Besuch war ein weit größerer als in früheren Versammlungen. Vor über 400 Personen sprach unser Genosse Janecek über die Papen-Notverordnung und die Schaffung der proletarischen Einheitsfront zur Abwehr gegen die Unterdrückungspolitik. Seine Ausführungen fanden den einmütigen Beifall der sich aus Angehörigen aller proletarischen Parteien zusammensetzenden Zuhörerschar, die ihre Zustimmung zum Referat auch dadurch zum Ausdruck brachte, daß sie auf eine Diskussion verzichtete.

Für Arbeiterblock und gemeinsame Reichsliste

Appell des Westdeutschen Verbandes der DFG

Eine Vorstandssitzung des Westdeutschen Landesverbandes der DFG beschloß einstimmig den folgenden Appell:

„Die vereinigte Reaktion holt zum letzten Schlag gegen die Arbeiterbewegung in allen Formen, gegen die letzten Reste politischer und persönlicher Freiheit aus. Nationalismus und Militarismus feiern Orgien. Der geschlossenen faschistischen Front steht auf der Linken die in Parteifronten zerrissene Arbeiterschaft gegenüber.

Angesichts der akuten faschistischen Gefahr richtet der Westdeutsche Landesverband der Deutschen Friedens-Gesellschaft den dringenden Appell an alle Arbeiterparteien, über alle prinzipiellen Gegensätze hinweg, dem Faschismus den geschlossenen überparteilichen Arbeiterblock entgegenzustellen.

Der Vorstand des Westdeutschen Landesverbandes fordert die ihm angeschlossenen Ortsgruppen auf, alle organisatorische Kraft für diese Aktion einzusetzen und an allen Orten den antifaschistischen Blocks beizutreten.

Durch eine gemeinsame Kampffront der SPD, der SAP und der KPD bei der Reichstagswahl muß der Oeffentlichkeit demonstrativ die Kampfbereitschaft der geschlossenen Arbeiterfront gezeigt werden. Der Faschismus ist zu schlagen, und von dieser Kampffront wird er geschlagen werden."

Zwei Erklärungen

„Ich begrüße mit Freuden Ihren Vorschlag der Listenverbindung und den einer gemeinsamen Reichsliste von SPD, KPD und SAP."

Dr. Lion Feuchtwanger.

„Ich bestätige Ihnen gern, daß ich den Vorschlag einer gemeinsamen Reichsliste von SPD, KPD und SAP bei den kommenden Reichstagswahlen unterstütze."

Helene Stöcker.

Anfänge im Leipziger Norden

Im Norden Leipzigs bildete sich, unterstützt von verschiedensten Richtungen der Arbeiterbewegung, ein antifaschistisches Einheitskomitee. Nach einer Demonstration am vergangenen Montag wurde am Mittwoch abend die erste öffentliche Versammlung durchgeführt. Die Versammlung wurde einberufen von KPD, SAP und KPO. Eine Reihe überparteilicher Organisationen erklärten in der Versammlung ihren Beitritt. Nach Referaten von Vertretern der drei Organisationen wurde eine vorgelegte Entschließung, die das Kampfbündnis aller Arbeiterorganisationen auf der Grundlage eines antifaschistischen Aktionsprogramms fordert, einstimmig angenommen. Diese Bewegung im Leipziger Norden stellt einen bescheidenen Anfang in der Herstellung eines Kampfbündnisses der Leipziger Arbeiterorganisationen dar.

Fortschritte in der Einheitsfront-Bewegung

Solingen, 15. Juli

Die Bestrebungen zur Errichtung des Kampfblockes aller Arbeiter wurde eingeleitet in Solingen-Süd durch Vorverhandlungen der KPD, SAP und KPDO. In einer gemeinsam beschlossenen Versammlung, die von 300 Personen — auch sozialdemokratischen Arbeitern — besucht war, sprachen Vertreter der drei Organisationen. Trotz Verschiedenheit in einigen Auffassungen waren alle Redner einig darin, daß dem immer frecher werdenden Naziterror die geeinte Kraft des Proletariats entgegenzustellen sei. Eine zweite Versammlung, die im Stadtteil Ost stattfand, wies einen sehr guten Besuch auf. Durch die intensive Vorarbeit unserer sowie der KPD-Gen. nahmen an dieser Versammlung 750 bis 800 Klassengenossen teil. Auch hier folgten die Anwesenden begeistert den Ausführungen der Redner. — Ein Zwischenspiel, das besser unterblieben wäre, verursachte allerdings eine empfindliche Störung. Die KPDO hatte es für notwendig gehalten, verschiedene Funktionäre der KPD zu einer internen Besprechung einzuladen und darauf hinzuweisen, daß es nach ihrer Auffassung nötig sei, unter Ausschaltung der KPD-Führung über den weiteren Fortgang der Dinge schon vorzeitig zu diskutieren. Dieses Verhalten der KPO wurde von der Versammlung empört zurückgewiesen. In einer Sitzung des Aktionsausschusses wurde durch eine angenommene Resolution diese Machenschaft ebenfalls scharf verurteilt. — Das Schreiben der KPO ist wieder ein Schulbeispiel dafür, wie eine einheitliche Front nicht hergestellt werden kann. — In Widdert fand dann noch eine weitere Versammlung statt, deren Besuch mit 300 Personen als gut bezeichnet werden muß. Nach den Referaten bewies eine rege Diskussion den starken Abwehrwillen der Arbeiterschaft. Bei der Vorbereitung zu dieser Versammlung konnten unsere Genossen drei Neuaufnahmen für die Partei machen. — **Abschließend muß festgestellt werden, daß neben der Bereitschaft aller Arbeiter dem Faschismus entgegenzutreten, in allen Versammlungen die Einzelchnungen für den Massenselbstschutz sehr groß sind.** — In Ohligs und Wald ist die Antifa-Bewegung ebenfalls im Werden. Und die Sozialdemokratie? Sie lehnt vorläufig noch jedes Zusammengehen mit den übrigen Organisationen ab. Ihre örtlichen Spitzenfunktionäre verkünden überall als der Weisheit letzter Schluß: Die Eiserne Front unter Führung der SPD ist die Einheitsfront des Proletariats (!). Die Geschehnisse der nächsten Zeit werden auch sie eines Besseren belehren.

Auch in Ulm bildet sich die Einheitsfront

Ein Genosse aus Ulm berichtet uns:

Die SAP hat auch in Ulm den Anfang gemacht. Auf ihre Anregung lud die KPD zur Besprechung im Sinne eines antifaschistischen Kampfkomitees ein. Goering von der SPD stellte dort die Forderung nach Burgfrieden und der Führung der Eisernen Front auf. Der gleiche SPD-Vertreter hatte tags zuvor noch ein enttäuschendes Referat auf einer Eisernen-Front-Kundgebung, die auch von revolutionären Arbeitern geschützt war, gehalten. Vom parlamentarischen Entscheidungskampf, vom Wirtschaftsumbau, vom Burgfrieden und der Weimarer Freiheit.

So kam es zu einer Demonstration vorläufig ohne die SPD. KPD, SAP und Anarcho-Syndikalisten zogen mit 400 revolutionären Arbeitern unter roten Fahnen durch das schöne Ulm. Der Zug wurde von großen Massen begrüßt, die Faschisten wagten sich nicht zu rühren, wie am Tage zuvor noch bei der Reichsbannerkundgebung. Auf dem Marktplatz waren fast 3000 Menschen zusammengekommen. Die Genossin Arnold von der KPD, ein junger Anarcho-Syndikalist und Willi Meier von der SAP sprachen. „In Zukunft muß gemeinsam demonstriert werden, gemeinsam gegen den Feind im eigenen Land, der Bürgerkrieg ist von der andern Seite entfesselt worden. Wir wollen ihn aber führen und durch die Revolution den höchsten Ausdruck der proletarischen Aktion beenden." Dieser Appell Meiers wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Unter dem Gesang der „Internationale" erfolgte der Abmarsch weit stärker als der Anmarsch. Ein guter Anfang.

*

Auch die Jugend hatte sich zusammengefunden, noch vor der gesamten Bewegung. Zunächst nur SJV und KJV; sie werden aber nichts unversucht lassen, um ihre revolutionäre Jugendfront zu erweitern.

Nur Arbeiterblock rettet vor Schulreaktion

Der Bund der freien Schulgesellschaften Deutschlands, Kreisverband Köln, sendet uns folgenden Beschluß zur Veröffentlichung:

Die Kreisvertreterversammlung des BdfSD, Kreisverband Köln, die am 4. Juli im Volkshaus stattfand, nahm folgende Entschließung an: „Der Bund der freien Schulgesellschaften ist der Ueberzeugung, daß die Existenz der weltlichen Schulen durch die politische Entwicklung der nächsten Zeit entschieden wird. Nur der solidarische Zusammenschluß der gesamten Arbeiterklasse im Entscheidungskampf gegen den Faschismus bietet Gewähr für die Abwehr aller reaktionären Anschläge gegen die Einrichtungen der Arbeiterklasse." Gez. Jos. Heuersbach.

Das Rote Gewerkschaftsbuch

Endlich, von allen Genossen sehnlichst erwartet, ist das Rote Gewerkschaftsbuch fertig gedruckt und kommt in der Schriftenreihe der „Roten Bücher" der Marxistischen Büchergemeinde in diesen Tagen zum Versand. Der Preis ist für Mitglieder 3 Mark, im Buchhandel 4,75 Mark. Um allen Genossen und Interessenten zu zeigen, was das Rote Gewerkschaftsbuch will und welche Fragen es behandelt, drucken wir in Nachstehendem das Einleitungskapitel ab.

*

Angespannter als irgendwann sind in der Gegenwart die Blicke der Arbeiterschaft auf die freie Gewerkschaftsbewegung gerichtet. Schon in ihrem ersten Anlauf hat die herrschende Weltkrise in eine Sozialreaktion von fast unvorstellbarem Ausmaß umgeschlagen. Eine Lohnabbauwelle löst die andere ab, die sozialen Errungenschaften werden jedes Schutzcharakters für die Arbeiterklasse entkleidet, und gleichzeitig wächst unaufhaltsam das Heer der aus Arbeit und Brot Verstoßenen. Was noch vor wenigen Jahren als das Morgenrot einer neuen Zeit erschien, die der Arbeiterklasse die Befreiung von einem jahrhundertelangen Fluch verhieß, hat sich in das Gegenteil umgeschlagen. Nicht nur steht die herrschende Klasse im Begriff, der Arbeiterschaft alle zäh und mit großen Opfern erkämpften Erfolge und Sicherungen zu entwinden, sondern sie häuft auf sie ein allenfalls nur in der Frühzeit des Kapitalismus gekanntes Elend und macht sie erneut zu Paria der Gesellschaft.

Tiefste Finsternis umgibt heute die Arbeiterschaft. Aber sie sieht bei allem, was sich einhüllend und lähmend auf sie legt, ein Hoffnungen ausstrahlendes Licht, und sie sieht dies namentlich in Deutschland, denn die stärkste Waffe, die die Arbeiterschaft zum Einsatz zu bringen vermag, steht noch unversehrt da: die in langen Jahren aufgebauten wirtschaftlichen Klassenorganisationen, die Gewerkschaften. Auf diese konzentriert sich jetzt alles Hoffen, dessen das Proletariat noch fähig ist. Nun ist die Stunde da, wo die für sie aufgewendete mühevolle Arbeit ihren Lohn für die Arbeiterschaft abwerfen muß. Wenn je, dann muß sich jetzt erweisen, daß die Gewerkschaften für das Proletariat Schutz und Schirm sind.

Doch diese Zuversicht ist nicht ganz ungeteilt. An der Arbeiterschaft nagt der Zweifel, ob die Gewerkschaften die ihnen heute gestellte Aufgabe begreifen und Beweglichkeit genug besitzen, sich auf ihre Durchführung umzustellen. Ohne Zweifel: eine Fortführung der bisher und namentlich seit der Begründung der deutschen Republik von ihnen angewandten Methoden wurde von vornherein jede Aktion der Gewerkschaften zur Erfolglosigkeit verurteilen. Erstes Erfordernis ist darum eine grundlegende Aenderung des Kurses. Die Gewerkschaften müssen wieder zu Organisationen des Klassenkampfes werden. Denn dies ist die gegenwärtige Situation: der Kapitalismus hat den Scheitelpunkt seiner Entwicklung überschritten. Sein ehemals überladener Tisch ist weitgehend abgedeckt. Der Profitstrom fließt dünner und demgemäß werden auch die Rationen karger, die der Kapitalismus der Arbeiterklasse zugestehen kann. Erhöhte Ausbeutung der Arbeiterschaft soll wettmachen, was ihm die Schmälerung seines Raums, sein eigenes Wachstum genommen hat.

Nichts irriger, als etwa in der gegenwärtigen Krise nur eine Episode, in der materiellen und politischen Zurückwerfung der Arbeiterklasse nur eine Vergänglichkeit erblicken zu wollen. Die kalten Schatten, die heute über die Arbeiterschaft ausgebreitet sind, werden von ihr nimmermehr weichen, wenn diese nicht selber zu Taten übergeht. In seinem Niedergang hat der Kapitalismus für die Volksmassen kein anderes Los als das ihres physischen und psychischen Verfalls, und wer darum diesen abwehren will, muß zum Schlage gegen den Kapitalismus selbst ausholen, für den gibt es kein Paktieren, kein Koalieren und kein Tolerieren, sondern nur kompromißlosen Klassenkampf. Denn Abstieg des Kapitalismus und Aufstieg des Proletariats, ja auch nur dessen wirtschaftliche Behauptung auf der gegenwärtigen Grundlage scheiden als friedliches Nebeneinander aus. Zwischen den Interessen beider Klassen gibt es weniger als je ein Vertragen.

Damit stehen auch die Gewerkschaften vor einer vollkommen und grundlegend gewandelten Lage. Sie, denen die Aufgabe gestellt ist, die unmittelbaren Tagesinteressen der arbeitenden Bevölkerung wahrzunehmen, müssen sich in Erfüllung der von ihnen übernommenen Verantwortung gegen den Fortbestand der herrschenden Wirtschaftsordnung wenden und ihre Kraft einsetzen, um das Tor zu einer neuen Ordnung aufzustoßen. Gegenwart und Zukunft sind keine zeitlich auseinanderliegenden Phasen mehr, sondern verschmelzen sich, weil schon die Sicherung der Gegenwart die Verwirklichung der Zukunft bedingt. Mit anderen Worten: der Guerillakrieg der Gewerkschaften muß bewußt und planmäßig ausgeweitet werden zu der entscheidenden Großaktion, der tägliche Kleinkampf um Lohn und Arbeitszeit zu einem großangelegten politischen Kampf um die Macht und damit zu einer Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

So offenkundig ist der Zwang zu einer solchen Entscheidung, daß auch die gegenwärtige Gewerkschaftsführung sich ihm nicht mehr zu entziehen vermag. In einer im Februar 1932 abgehaltenen Bundesausschußsitzung des ADGB hat dessen Vorsitzender, Theodor Leipart, offen eingestanden, „daß die Lösung der Schwierigkeiten nicht auf der Ebene des Kapitalismus erfolgen könne und daß man demgemäß Lösungen im Sinne des Sozialismus suchen müsse". Aber kann die Arbeiterklasse das Vertrauen hegen, daß die Gewerkschaften in ihrer gegenwärtigen Verfassung in der Lage sein werden, solche Lösungen zu finden und — das entscheidende — zu erkämpfen? Haben nicht dieselben Gewerkschaftsführer, die jetzt im Sozialismus die einzige Rettung erblicken, noch vor gar nicht langer Zeit der Arbeiterschaft entzückt und berauscht die sozialen Wunder beschrieben, die angeblich am Baume des Kapitalismus in den Vereinigten Staaten gereift sind? Hatten sie nicht hartnäckig und leidenschaftlich das Gesetz bestritten, das Reichtum und Armut im Kapitalismus unlöslich miteinander verbindet? Sahen sie nicht jahrelang die Lösung in einem System, wie Ford es als neues Evangelium der Welt durch seinen Hausschriftsteller und Reklamefachmann Samuel Crowther verkündet hat? Und hat nicht derselbe Theodor Leipart im Frühjahr 1928 mit Stolz von den „vielen Töpfen" gesprochen, in denen die deutsche Arbeiterschaft bereits erfolgreich ihre Hände habe?

Sozialismus? In der Führung der freien Gewerkschaften hatte man sich diesem Kampfziel längst abgewandt. Wer ihm verhaftet blieb, wurde Gegenstand überheblichen Spottes. Nicht einmal die Sozialdemokratische Partei, für die der Sozialismus längst zur bloßen Dekoration geworden ist, blieb von diesem verschont. „Es ist daher ein gesunder Zug", schrieb beispielsweise Lothar Erdmann, der Schriftleiter der wissenschaftlichen Zeitschrift des ADGB „Die Arbeit", „daß in den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Programmen der zukünftige deutsche Staat, selbst wenn er nicht zum Paradies werden sollte, eine wichtigere Rolle spielt als der Zukunftsstaat, der im Grunde genommen genau so ein Stück Metaphysik, ein Jenseits ist, wie der christliche Himmel. Die starke Betonung des Endziels im achten Absatz des Heidelberger Programms (grundsätzlicher Teil) wirkt daher in seiner Unverbundenheit mit dem Aktionsprogramm wie ein Fremdkörper, in seiner Allgemeinheit wie ein Anachronismus. Jedermann kennt diese Formulierungen. Sie besaßen einmal lebendige Kraft, sie haben eine historische Bedeutung, aber in der rauhen Luft des letzten Jahrzehnts sind sie welk geworden. Auf wen innerhalb der Partei, auf wen in den Reihen der Gewerkschaften können diese Gemeinplätze noch eine tiefe Wirkung ausüben? Sie sind zu oft wiederholt worden, um nicht formelhaft zu wirken. Sie gehören zum eisernen Bestand derjenigen aus der älteren Generation, die kein Gefühl dafür haben, daß die neue Zeit nach neuen Worten dürstet ..." Wenn darum heute die Gewerkschaften plötzlich auf diesen „eisernen Bestand" zurückgreifen, wenn auch sie die Botschaft des Sozialismus wieder aufnehmen, muß dies nicht zu dem Argwohn berechtigen, daß nur die eigene Verzweiflung ihrer Führer die völlige Leere, die sie jetzt vor sich sehen, mit dieser Losung auffüllen läßt; daß sie zu diesem von ihnen doch selbst als „christlicher Himmel" verhöhnten Zukunftsstaat nur flüchten, weil die „vielen Töpfe" des irdischen Gegenwartsstaates unkittbar in Scherben am Boden liegen und damit auch alle Vorstellungen als Illusionen erwiesen sind, die sie sich von diesem Gegenwartsstaat, als noch ein blauer Konjunkturhimmel über ihm lag, gemacht hatten?

Ist dem aber so, dann muß mit Fug und Recht bezweifelt werden, einmal, daß die Notwendigkeit des Sozialismus einer tiefen und wirklichen Erkenntnis entspringt, und daß zweitens die gegenwärtigen Kommandeure der Gewerkschaften auch die Fähigkeit haben, das Schiff der Arbeiterklasse in den ersehnten Hafen zu steuern. Auswechselung der Führerschaft erscheint darum als ein zwingendes erstes Gebot. Gleichgültig aus welchem Glauben heraus sie gehandelt haben mag: die gegenwärtige Führung erscheint in den Augen der Massen als mit verantwortlich für die harten Schläge, die sie heute treffen. Die Geschichte hat gegen sie entschieden und die Verantwortlichen müssen sich diesem Spruch fügen. Dieser Forderung haftet kein Beigeschmack verbitterter Abrechnung an. Sie ist nur die Uebertragung selbstverständlicher Gepflogenheiten auf die Organisationen der Arbeiterklasse. Jede Leitung eines Privatunternehmens, jede Regierung, die geirrt hat, muß — soll das Schlimmere verhütet werden — einer anderen Platz machen. Für die Organisationen der Arbeiterklasse muß dies ein heiliges und unverletzliches Gesetz werden. Ihre Stärke ist zu einem entscheidenden Teil das Vertrauen, mit dem die Arbeiterklasse zu ihr aufschaut. Eine Führung, die heute das anbetet, was sie gestern verbrannt hat, wirkt auf die Massen verwirrend und beschwört die Gefahr herauf, daß die Organisation als Waffe stumpf wird gerade in der Stunde, wo sie scharf und spitz sein müßte.

Mehr als von allen übrigen Organisationen gilt dies von den Gewerkschaften. Sie sind die Hüterinnen des kostbarsten Gutes, über das die Arbeiterklasse in dieser Stunde verfügt. Sie sind die eigentliche Organisation des Proletariats als Klasse. Sie haben die Masse und repräsentieren darum zugleich die Macht der Arbeiterschaft. Zur wirklichen Macht wird die Masse aber nur, wenn neben der Führung auch die Masse selber ihre Aufgaben begreift, und diese ihr darzulegen ist der Anspruch, mit dem dieses Buch vor die Leser tritt.

Gewerkschafts-demagogie der Nazi

(Schluß)

In einem anderen von Jakob Mayer gezeichneten Aufsatz über „Nationalsozialismus und Streik" steht wörtlich:

„Der Nationalsozialismus wird sich wie bisher rücksichtslos hinter die kämpfenden Arbeitermassen stellen und alle Mittel gebrauchen, die angewandt werden müssen, um die Lebensinteressen der deutschen Arbeiter gegenüber dem Generalangriff des Kapitalismus zu verteidigen. Auch zum Streik, wenn er den Zweck hat, die Lebensrechte der deutschen Arbeiter wahrzunehmen und zu verteidigen, wird sich der Nationalsozialismus grundsätzlich bekennen und ihn bejahen."

Ein krasserer Gegensatz in der Politik und Taktik zu gewerkschaftlichen Fragen wie zwischen diesen beiden Sätzen aus dem „Arbeitertum" und den von der Reichsbetriebszellenabteilung herausgegebenen Richtlinien kann wohl nirgends so stark zum Ausdruck kommen als gerade bei den Nazis. Hoffen wir, daß die hunderttausende irregeleiteter Proletarier und Halbproletarier noch früh genug erkennen, wozu sie mißbraucht werden sollen. Sehr deutlich brachte das in der Monatsschrift „Der Meister" ein Hans Held zum Ausdruck, der da schreibt:

„Wir zerschlagen für euch (die Unternehmer) die Organisationen der Arbeiterschaft. Wir zerschlagen für euch die Gewerkschaften, darum müßt ihr Unternehmer und Großkapitalisten uns das Recht geben, in unserer Agitation uns dem Geiste der Arbeiterschaft anzupassen. Wenn wir von Verstaatlichung des Grund und Bodens reden, so meinen wir das nicht so. Wenn wir gegen das Kapital reden, so brauchen wir dieses Propagandamittel, um die Leute an uns heranzuziehen. Die Hauptsache ist, daß wir die Leute haben, damit sie aus dem Marxismus gelöst werden."

Ein schlauer Trick ist auch bei ihnen der, daß von ihnen bei solchen Fragen jede Gruppe gesondert in Versammlungen zusammengefaßt wird wie Arbeiter, Angestellte, Bauern, freie Berufe und Beamte. Für jede Gruppe besteht ein besonderes Spezial-Programm und in jeder Versammlung werden andere, dem Versammlungsbesucher angepaßte Phrasen gedroschen, bei den „Pg.-Arbeitgebern" oder bei Vorträgen für Industrielle und Wirtschaftler sind ja auch die Arbeiter und Angestellte nicht zugegen, um einmal hinter die Kulissen zu sehen. An einem Beispiel wollen wir zeigen, wie die „Pg.-Arbeitgeber" in der Tat sind. In einem Wahlflugblatt der SPD Sachsens wird nachgewiesen, daß der Pg. Mutschmann, Textilindustrieller in Plauen, jahrelang seine Leute unter Tarif beschäftigte, auf der anderen Seite sich Hitler gegenüber finanziell verpflichtet hat. Löhne von 24 Mark statt 75 Mark, 12 Mark statt 30 Mark waren keine Seltenheit. Nimmt man das Programm der NSDAP zur Hand und will einmal die Theorie und Praxis vergleichen, dann muß selbst dem Ahnungslosesten bange werden. Wir können hier nicht auf die einzelnen Punkte des Programms eingehen, weil wir sonst zu viel von der eigentlichen Frage abkämen, aber zur Lohnpolitik der Nazis soll noch einiges wesentliche gesagt werden. Es ist schon an und für sich schwer, überhaupt dazu Stellung zu nehmen, weil die NS-Theoretiker peinlichst um die Kernfrage der Gegenwart herumreden und immer nur von den Verhältnissen im „Dritten Reich" reden. Gregor Strasser schreibt in einem Aufsatz im „Völkischen Beobachter" vom 15. November 1931 folgendes wörtlich:

„Ich will die Stellungnahme der Partei zu diesen Problemen (Gewerkschaften, Schlichtungs- und Tarifwesen, Sozialversicherung), wie sie immer war und sein wird, hier kurz umreißen:

„Darum bejahen wir das Tarifrecht. Darüber hinaus aber bejahen wir das Leben und die wertschaffende Arbeit als einzigen Wertmesser des neuen Wirtschaftsbegriffes. Und darum dürfen Prinzipien und System nicht Lebensfeinde werden. Es kann Zeiten geben, die Ausnahmen vom Tarifrecht notwendig machen."

Das ist deutlich und läßt keine Zweifel aufkommen. Wieviel von Naziarbeitern lesen wohl den „V. B.", um aus eigenem Munde diese „Wahrheit" zu hören. Sehr deutlich und offen sprach unter anderem auch der Wirtschaftssachverständige der NSDAP, Walter Funk, im „Herrenklub" Berlin (nicht vor Naziarbeitern) wörtlich im November vorigen Jahres:

„Wir werden das marxistische Lohn- und Tarifsystem völlig beseitigen, das die Arbeitsleistung völlig reduziert, den Ertrag der Wirtschaft verhindert und dem Arbeiter keine Aufstiegsmöglichkeiten verschafft. Unser Lohn muß auf dem Leistungsprinzip aufgebaut werden und dem Arbeiter die Möglichkeit geben, vorwärts zu kommen und selbst Eigentum zu erwerben."

Unter „Leistungslöhne" verstehen die NS einen Mindestlohn plus Bezahlung nach Leistung. Jeder schwächere und kranke Arbeiter kann als neben dem Nachteil der Krankheit auch noch den niedrigsten Lohn bekommen und die Abhängigkeit vom Leistungslohn macht die Arbeiter zu Schmarotzern und Kriechern, denn nur sie werden Gnade vor den Aufsehern des „Dritten Reichs" finden.

Führende NS betonen immer wieder, daß die NSBO als Grundlage für die späteren nationalsozialistischen Berufsgewerkschaften dienen sollen, wie in Italien, wo die Mitgliedschaft rechtlos ist. Darum haben wir mehr denn je auf die Arbeit der NSBO im Betrieb zu achten. Sorgen wir in den Gewerkschaften dafür, daß der Kurs ein anderer wird, dann wird den NS die wichtigste Waffe aus der Hand geschlagen, dann werden die NSBO und die „Hib"-Aktionen das bleiben, was sie heute sind, unbedeutende Organisationen und vergebliche Anstrengungen, die Hochburgen und Stützpunkte der organisierten, klassenbewußten Arbeiterschaft zu zertrümmern. Notwendig dazu ist, daß die Haßatmosphäre im Arbeiterlager selbst beseitigt wird und bei der Arbeiterschaft das einheitliche Handeln gegen Faschismus, Kapitaloffensive und Kulturreaktion Wirklichkeit wird. Mit einheitlichen starken Gewerkschaften, die rücksichtslos die Interessen der Arbeiterschaft wahrnehmen, wird auch jede „Hib"-Aktion und die NSBO selbst bedeutungslos bleiben.

Darum alle Kräfte auf die Einheit der Gewerkschaften und der organisierten Arbeiterschaft konzentriert, dann können wir diesen Nazi-Aktionen, im Vertrauen auf unsere Kraft, mit Ruhe entgegensehen.

Führerin des Dritten Reiches über den Terror

Die NSDAP versucht selbstverständlich vor der Wahl sich an die Frauenwelt heranzuschleichen. Zu diesen durchsichtigen Zwecken bedient sie sich Osafs willenlosen Werkzeugs: Fräulein Elsbeth Zander-München. Das alte, Hitler völlig hörige Fräulein — seit 13 Jahren unheilbar an carcenomae hitlerus erkrankt, „D. h. k. P., d. b. d." (Jaaa da helfen keine Pillen! Doof bleibt doof!) — führte in einer Plauener Wahlrede an:

„Heute schleicht der Mord an den braunen Jungens der deutschen Freiheitsbewegung durch die Straßen. In der SA ist am sinnfälligsten die Volksgemeinschaft verkörpert!"

Das zu behaupten hat die alte Tante den Mut angesichts der hinter uns liegenden Bluttage, angesichts der frechesten Uebergriffe und Angriffe, die tagtäglich im Reiche von der SA und SS ausgeführt, von der Polizei befremdlicherweise nicht unterbunden werden.

„Jeder solle sich vor Augen halten, daß der SA-Mann stündlich sein Leben einsetzt und nicht weiß, ob er den 31. Juli, den Tag der Entscheidung, noch erleben wird ... Auch die deutsche Frau hat es an der Hand, ob der 31. Juli zur Sonnenwende für das deutsche Volk werden soll" ...

„Die Besten unseres Volkes kämpfen mit letzter Kraft. Alles spitzt sich auf den Tag der Entscheidung zu. Wenn am 31. Juli Hitler vom deutschen Volke die Macht gegeben wird, so wird der Meuchelmord auf der Straße mit einem Schlag beseitigt sein!"

Jawohl! Bestimmt, weil dann das Proletariat legal gehängt werden kann!

Die längst versprochene „Nacht der langen Messer" bricht dann an. Wehrlos würde der Proletarier der Rachsucht und Mordgier der „Deutschland-Erneuerer" ausgeliefert sein ...

Tollster Aberwitz dieses Nazi-Fräulein Zanders ist es, derartige Phrasen zu einem Zeitpunkt zu dreschen, wo die Meldungen von nationalistischen Gewalttaten geradezu sich überstürzen. Einer dieser „Besten (hier fehlt ein i in dem Wort) des Volkes" beging letztvergangene Woche die schier unglaublich anmutende Roheit, in Limbach i. Sa. der Mutter eines von braunen Hunnen erschossenen jungen Arbeiters zum Tode ihres Sohnes zu gratulieren! Es ist kein Druckfehler, es muß gratulieren heißen. Am Begräbnistag wurde der trostlosen Mutter der Brief zugestellt. Die Frivolität der Worte ist mit nichts zu überbieten. Die Vorkommnisse der Bluttage, die hinter uns liegen, hallen noch in den Reihen der Genossen wider. Unsere Zeitungen sind zu raumbeengt, um alles veröffentlichen zu können, was stündlich das tieferschütterte werktätige Volk zu erdulden hat. Einer Nationalistin, die so frech wie die Demagogen Goebbels und Konsorten schwarz in weiß umzulügen versteht, gebührt nicht mehr Vertrauen wie denen!

*

Hannibal ante portas! Der Feind hat schon seinen plumpen Fuß zwischen unsere Türen geklemmt. Drückt ihn zurück, wollt Ihr nicht von ihm zertreten werden! Mütter! Laßt Euch von der Bürgerkriegstante Zander nicht fangen!

Die klassenbewußte Arbeiterin weiß: Ihre Stimme bekommt am 31. Juli nur die SAP.

Die SAP ist einzig und allein der Rettungsring der proletarischen Frauen in den hochgehenden politischen Wogen. Die SAP der Hafen, in den das Schiff des Sozialismus sicher gelotst werden kann, und, aufs neue gedockt, mit Volldampf voraus zu frischer Fahrt vom Stapel gelassen wird!

SAP- und Schutzbundgenossen!

Kommt zu dem Wochenendkursus mit Dr. Fritz Sternberg-Berlin über die „Politische Lage — Weg und Aufgaben von SJV und SAP".

Sonnabend, 19.30 Uhr, Sonntag, 10.30 Uhr, in der Monistischen Gemeinde, Grünstraße 14. Eintritt 15 Pf. für Erwerbslose, 30 Pf. für Verdiener.

Sozialistischer Jugend-Verband.

Fememord legalisiert

Vor einigen Tagen sprach in eigener Sache Fememörder Oberleutnant Schulz in Breslau. Er versuchte in seiner Rede den Nachweis zu führen, daß der Fememord ein illegaler Notbehelf der legalen Rechtsprechung sei. Er schilderte wörtlich — wir entnehmen diesen Abschnitt der „Schlesischen Zeitung" — die Notwendigkeit des Mordes: „Wie die Existenz der „Schwarzen Reichswehr" unbedingt geheimgehalten werden mußte, wie eine gerichtliche Bestrafung von Verrätern schon wegen der notwendigen Geheimhaltung unmöglich war, und wie deshalb in der Tat in sechs — sechs! — Fällen Angehörige dieser Organisation vom Recht der Notwehr gegen gemeine Verräter Gebrauch gemacht haben."

Der Fememord soll also als Recht der Notwehr legalisiert werden. Sechs Fälle gibt er zu. Wieviel Fälle sind noch nicht aufgeklärt worden?

Herr Obergärtner befiehlt

Notstandsarbeiter, die auf den Oswitzer Friedhöfen Fürsorgearbeit verrichten müssen, wählten sich vor einiger Zeit in einer Betriebsversammlung ihre Betriebsobleute, die ihrerseits gleich darauf wegen Arbeitszeiteinteilung bei dem Obergärtner Klien vorstellig wurden. Sie forderten, daß die Mittagspause, die bis dahin 2 Stunden dauerte, auf ½ Stunde verkürzt würde, um dadurch 1½ Stunde früher Feierabend machen zu können. Mit dieser Forderung waren auch die ständig Beschäftigten des Friedhofes einverstanden. Der Obergärtner Klien lehnte aber die Forderung mit der Begründung ab, daß „ER" die Arbeitszeit einteile und sich von „niemandem dreinreden lasse". Wie wir erfahren, werden die Arbeiter aus diesem Verhalten des Herrn Obergärtner ihre Konsequenzen ziehen und alles daransetzen, daß ihre gerechte und selbstverständliche Forderung in die Tat umgesetzt wird.

Zehn Fahrraddiebe festgenommen — 125 Fahrräder beschlagnahmt

Breslau, 14. Juli

In den letzten 14 Tagen wurden wegen gewerbs- und gewohnheitsmäßigem Fahrraddiebstahls insgesamt 10 Personen im Alter von etwa 20 bis 43 Jahren festgenommen. Sie hatten sämtlich ihren Wohnsitz in Breslau und sind geständig und überführt, im letzten Vierteljahr in Breslau etwa 125 Fahrräder gestohlen zu haben. Besonders der eine der Festgenommenen hat sich umfangreich betätigt und 45 Fahrräder gestohlen. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei nach weiteren von den Festgenommenen verübten gleichartigen Delikten sind noch nicht abgeschlossen. Die Festgenommenen wurden dem Amtsgericht zugeführt. Der Arbeiter U., dem 12 Fahrraddiebstähle zur Last fallen, hatte in einem Grundstück in der Nähe des Odertorbahnhofs eine regelrechte Werkstatt zum Umändern gestohlener Fahrräder eingerichtet. Die gesamte Einrichtung wurde beschlagnahmt.

Beim Baden ertrunken

Löwenberg, 13. Juli.

In Kesselsdorf ist der 15jährige Arbeitsbursche Erich Plagwitz beim Baden im Mühlgraben ertrunken. Er geriet an eine tiefe Stelle und versank, des Schwimmens unkundig, vor den Augen der Mitbadenden.

Zahlen der Not

Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen steigt weiter in Breslau

Am 30. Juni 1932 betrug die Zahl der vom Breslauer Fürsorgeamt unterstützten arbeitsfähigen Erwerbslosen 47 464 Hauptunterstützte oder etwa 77 auf 1000 Einwohner. Während im laufenden Jahre die Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen jeweils von Monat zu Monat durchweg mehr als 1000 ausmachte, hat sie im Monat Juni etwas nachgelassen, betrug aber immer noch 423. Gegenüber dem Stande vor einem halben Jahr (also dem 31. Dezember 1931) ist eine Zunahme um 8391 Wohlfahrtserwerbslose zu verzeichnen.

Einschließlich der mitunterstützten Personen betrug die Zahl der vom Fürsorgeamt Unterstützten Ende Juni rund 89 300 Personen, so daß mit den Betreuten des Arbeitsamtes zusammen die Gesamtzahl der in Breslau wegen Erwerbslosigkeit Unterstützten rund 145 700 betrug gegenüber etwa rund 144 000 Ende Mai. Es befanden sich demnach rund 61 Prozent der Erwerbslosen in der Betreuung des Fürsorgeamtes und 39 Prozent in der des Arbeitsamtes.

Durch die Verschärfung der Wirtschaftskrise mußte man in diesem Jahre mit einer geringeren saisonmäßigen Belebung des Arbeitsmarktes als im vorigen Jahre rechnen. Es zeigt sich jetzt, daß die Belebung für Breslau noch unter den Erwartungen geblieben ist, die man haben durfte. Während im Monat Juni im Reiche eine, wenn auch geringe Abnahme der Arbeitslosenzahlen eingetreten ist, hat Breslau mit seiner strukturell bedingten Arbeitslosigkeit bereits eine Zunahme an Arbeitslosen zu verzeichnen. Die saisonmäßige Belebung des Arbeitsmarktes kann nunmehr für Breslau bereits als abgeschlossen betrachtet werden, so daß leider für die nächsten Monate keine Entlastung des städtischen Fürsorgeetats zu erwarten ist.

Wir warnen vor Abschluß von Lehrverträgen

Eltern und Vormünder! Vor Abschluß von Lehrverträgen wendet Euch an die entsprechende Organisation.

Schon wiederholt mußten wir die estFestellung machen, daß von den Eltern oder Vormündern für ihre Kinder oder Mündel Lehrverträge unterzeichnet wurden, die sich nachher als „Rute" für die Beteiligten auswirkten. Ganz zu schweigen von der Auslegungsmöglichkeit der einzelnen Paragraphen werden den Vertretern der Kinder oft Verpflichtungen auferlegt, die jeder Beschreibung spotten und deren Tragweite oft genug von Laien nicht übersehen werden kann. Hinterher zeigen sich dann die Auswirkungen, die viel Aerger und Verdruß bringen.

Ein Beispiel: Uns liegt ein Lehrvertrag vor, der außer der Verpflichtung zur Lieferung der Kleidung, Wäsche, Instrumente nebst notwendigen Ersatzteilen (Saiten, Röhre, Blätter, Polster), Lehrbücher, Bettstelle, Bettwäsche und eines Schranks, auch noch die Zahlung eines jährlichen Lehrgelde von 300 RM. und der sozialen Beiträge vorsieht. Bei guter Führung und Fleiß erlischt das Lehrgeld nach zweijähriger Lehrzeit. Schon allein dieser letzte Satz ist so verfänglich, weil die Zahlung unter gewissen Umständen leicht auf die 4 Lehrjahre ausgedehnt werden kann.

Weiter heißt es in dem Vertrage, daß bei Nichteinhaltung gewisser einzelner Paragraphen eine Konventionalstrafe von 300 RM., bei vorzeitigem Verlassen der Lehre eine solche von 500 RM. eintritt. Ebenso ist bei Ueberschreitung des Urlaubs für jeden Tag eine Strafe von 5 RM. zu zahlen.

Oft lassen sich die Eltern, weil der Vater arbeitslos ist, nur von dem einen Gedanken leiten, wieder einen Esser weniger am Tisch zu haben und müssen dann, leider zu spät, feststellen, welche ungeheuren Verpflichtungen sie übernommen haben. Die Anschaffung der Instrumente, insbesondere der zur Ausführung der modernen Musik erforderlichen Jazzinstrumente, verschlingt Unsummen, die von den dazu Verpflichteten nur unter großen persönlichen Opfern aufgebracht werden können.

Obwohl die Wirtschaftslage, infolge der Einführung der mechanischen Musik, keine Aussichten für eine spätere gute Existenz bietet, ist ein starker Zustrom an Lehrlingen zu diesen Musiklehren zu verzeichnen. Nicht allein der Umstand, daß diese Lehrlinge viel Dienst, oft unter den erbärmlichsten Verhältnissen, zu leisten haben (werden sie doch schon nach wenigen Wochen zum Spielen herangezogen, ohne über die nötigen Kenntnisse zu verfügen, nur um dem Lehrherrrn durch Mehrbesetzung Geld einzubringen) sind sie nach beendigter Lehrzeit infolge schlechten Unterrichts oft nur mangelhafte Kräfte. Und selbst gute Kräfte können heute kein Unterkommen finden. An den Nachweisstellen warten tausende von hervorragenden Musikern auf Arbeit.

Wenn unter solchen Aussichten von uns vor dem Erlernen der Musik als Beruf gewarnt wird, sollen jedoch solche Eltern, die besonders musikalisch veranlagte Kinder und die nötigen Mittel zur Ausbildung haben, diese Kinder gern der Musik zuführen. Nur halten wir es für unsere Pflicht, die Erziehungsberechtigten vor den oft sehr stark gewinnsüchtigen Methoden der Leiter von Musikschulen zu warnen, deren hohe materielle Bedingungen nicht selten zu Ihren eigenen beruflichen Leistungen im umgekehrten Verhältnis stehen.

Für alle Fälle steht die Geschäftsstelle des „Deutschen Musiker-Verbandes", Breslau, Margarethenstraße 17, mit Rat gern zur Verfügung und es ergeht deshalb von uns die Eingangs erwähnte Aufforderung:

„Holt Euch Rat vor dem Abschluß bei der Organisation!"

Heut Freitag, pünktlich 19.00 Uhr

Abmarsch von den Stellplätzen Striegauer, Gneisenau- u. Brockauer Platz zur Demonstration des Schutzbundes und des SJV.

Wir demonstrieren gegen Naziterror —

zum Gedenken der von Faschisten gemordeten Opfer vom vergangenen Sonntag

29 Diebstähle aufgeklärt

Breslau, 14. Juli

Anfang Juni dieses Jahres war von der Polizei eine sechsköpfige Diebesbande, welche in Breslau 19 schwere und einfache Diebstähle in Wohnungen, Geschäfte, Büros und Garagen verübt hatte, festgenommen worden. Unter ihnen befanden sich allein fünf Geldschrankeinbrüche. Erbeutet wurden insgesamt 600 RM. In einem Falle ließen die Täter in ihrer Verärgerung darüber, daß sie in dem Geldschrank kein Bargeld vorfanden, am Tatort einen Zettel mit einer Reichsmark zurück. Der Zettel enthielt beleidigende Worte und außerdem die Aeußerungen, daß die Einbrecher dem Geschädigten großmütigerweise eine Reichsmark spendeten, da der Geldschrank leer war. Die Täter waren geständig.

Selbstmord im Gefängnis

Breslau, 14. Juli

„Der Strafgefangene T., der wegen schweren Raubes eine längere Freiheitsstrafe zu verbüßen hatte, wurde in seiner Zelle im Strafgefängnis Kletschkauer Straße erhängt aufgefunden. Obwohl die Tat, die kurz nach dem Mittagessen begangen wurde, schon nach kurzer Zeit entdeckt wurde, waren die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg."

Kurz und bündig ist diese Notiz. Warum hat man eigentlich nicht das „Motiv" zum Selbstmord angegeben? Bei den armen Verhetzten, die aus Wirtschaftsnot in den Tod gehen, ist man doch immer mit dem Motiv bei der Hand. Dann heißt es „Schwermut", „Liebeskummer" und „unheilbares Leiden" — warum aber hier . . .?

Zwei Arbeiter vom Blitz erschlagen

Glogau, 15. Juli.

Bei den schweren Gewittern, die gestern abend über den nördlichen Teil des Kreises Glogau niedergingen, wurden in Altstrunz zwei Dominialarbeiter im Alter von 30 beziehungsweise 34 Jahren vom Blitz getroffen und getötet. Ein dritter Arbeiter, der sich in der Nähe befand, kam mit dem bloßen Schrecken davon.

Gewitter über Grünberg

Grünberg, 14. Juli.

Am Mittwoch gingen über Grünberg vier schwere Gewitter nieder, die mit Hagel und Sturm verbunden waren. Sie richteten in den Obst- und Weingärten sowie auf den Feldern großen Schaden an. Wiederholt schlug der Blitz in Schornsteine ein, ohne jedoch zu zünden. Auf dem Platz vor der Stadtpfarrkirche wurde eine der hundertjährigen Linden durch einen kalten Schlag schwer beschädigt. Besonders schwer war das letzte Gewitter in der siebenten Abendstunde.

Proleton-Vorschau

Auch in der wärmeren Jahreszeit ist der Kinobesuch eine verlockende Abwechslung im grauen Alltag. Doppelt verlockend ist die Abwechslung, wenn einem aber ausgezeichnetes Programm (soweit es die kapitalistische Filmproduktion überhaupt zuläßt) für wenig Geld geboten wird. Das Proleton legt besonderen Wert auch auf die Sommerprogramme. Ab Freitag zeigt das Arbeiter-Kino in einer Neuaufführung „Zwei Herzen im dreiviertel Takt", ein Film, der überall Erfolg aufzuweisen hatte.

Als weitere Sensation bringt das Programm einen Film nach dem berühmten Kinderbuch von Erich Kästner „Emil und die Detektive". Dieser Film hat in der Kulturwelt große Beachtung gefunden. Allein in Paris ist dieses Werk des Regisseurs Lamprecht monatelang gelaufen. Er zeigt uns nicht die alte Garde der Darsteller, sondern die fröhliche Filmarbeit der Jugend. Jungens spielen selbst Erlebtes.

Beständig qualitativ Bestes zu liefern,

ist unser Grundsatz -

und gerade jeglicher Ausschluß von Wertmarken, Gutscheinen und Stickereien gibt Gewähr für unveränderte Güte dieser überall beliebten Marke.

JUNO

ist eine Cigarette von festbegründetem Ruf!

Reklamerummel oder Antifaschistische Aktion

Ueber dieses Thema spricht am Dienstag, den 19. Juli, 20 Uhr, im Schießwerder der

Metallarbeiter Gen. Portune, M. d. R., Frankfurt a. M.

Unkostenbeitrag 20 Pfg. und 10 Pfg.

SA über dem Richter

Unter der obigen Ueberschrift berichtet die Frkf. Ztg. wie folgt über einen Vorfall, der ein Schlaglicht auf die heutigen Zustände in Deutschland wirft. Nach diesen Vorgängen braucht man sich freilich über die wohlwollenden Urteile, die von deutschen Gerichten gegen die Nazi-Banditen gefällt werden, nicht mehr zu wundern:

In dem unweit von Kassel gelegenen Dörfchen Oelliehausen wurde eine Zwangsversteigerung von der Kreissparkasse Reinhausen, der Landeskreditanstalt Hannover, der Kasseler Filiale der Commerzbank und einem Makler aus Kassel veranlaßt. Der in Göttingen wohnende Amtsgerichtsrat Fricke leitete sie.

In dem Versteigerungslokal, dem Saal einer Gastwirtschaft, hatten sich 30 SA-Leute in brauner Uniform eingefunden, um die Versteigerung mit allen Mitteln unmöglich zu machen. Der Richter machte angesichts der drohenden Haltung der SA-Leute auf seine polizeilichen Befugnisse aufmerksam und verwarnte die Hitlerleute. Ihr Sprecher erhob sich und bedrohte, auf seine Leute weisend, den Richter: „Sie haben hier nichts zu melden! Weisen Sie doch erst mal nach, daß Sie berechtigt sind, in diesem Raum das Hausrecht auszuüben."

Der Richter ließ sich einschüchtern. Er unterbrach die kaum eröffnete Sitzung und beauftragte den Gerichtsschreiber, ein Landjägerkommando zum Schutz des Gerichts herbeizurufen. Inzwischen machten die Nationalsozialisten aus der Stätte des Gerichts eine politische Versammlung. Schmähungen von unglaublicher Unflätigkeit hallten durch den Raum. Sie bedrohten jeden, der es wagen würde, ein Gebot abzugeben, mit der Rache des Dritten Reiches und üblen sich in übelsten antisemitischen Attacken, obwohl ihnen genau bekannt war, daß die Zwangsversteigerung von zwei öffentlichen Kreditinstituten und einer Großbank betrieben wurde.

Inzwischen traf ein Kommando von vier Landjägern ein. Der Richter eröffnete den Termin zum zweitenmal. Doch der Einzug der staatlichen Gewalt machte auf die als Herren der Situation sich fühlende SA keinen Eindruck. Das Gericht wurde mit Schmähungen und Drohungen bedacht, bis der Richter, um ein Exempel zu statuieren, einen der SA-Leute aus dem Saal wies. Der Ausgewiesene ballte die Faust gegen den Amtsgerichtsrat und schrie: „Na warte nur, dich habe ich mir gemerkt. Wenn's soweit ist, ziehe ich mir die Brille auf und rechne mit dir ab!" Seine Kameraden johlten im Chor zu dieser Erklärung, so daß der Richter sich genötigt sah, alle Uniformierten auszuweisen. Doch die SA-Leute gehen nicht.

„Wir pfeifen auf Ihren Befehl! Wir gehorchen nur Adolf Hitler!"

schreien die Burschen durcheinander. Der Richter wendet sich an die Landjäger. Sie ersuchen die SA-Leute, den Saal zu verlassen. Doch die denken nicht daran, dem Räumungsgebot nachzukommen und bauen sich drohend vor den Landjägern auf. Die SA beherrscht den Gerichtssaal. Die Landjäger beschränken sich darauf, den Syndikus der Commerzbank Kassel, Dr. Göbel, der von den SA-Leuten unter den Augen des Richters tätlich angegriffen wird, aus der wie verrückt sich gebärdenden Horde zu retten. Inzwischen stürzen sich die **Burschen auf den Kasseler Rechtsanwalt Dr. Stern. Faustschläge sausen auf ihn nieder und zertrümmern seine Brille. Der Anwalt verteidigt sich mit der Faust. Sein Gegner schreit:**

„Du Hund! Ich muß mich von einem Juden schlagen lassen! Ich mache dich kalt!"

Der Richter, der diesem Treiben ohnmächtig gegenübersteht und selbst auf tätliche Angriffe rechnen muß, schließt die Sitzung, da die Landjäger nicht energisch einzugreifen wagen, weil sie die Rache der SA fürchten. Die Nationalsozialisten überfallen inzwischen den Syndikus der Commerzbank und prügeln wie besessen auf ihn ein, daß er blutende Wunden am Kopf davonträgt. Die Landjäger untersuchen auf nationalsozialistische Veranlassung den Verletzten nach Waffen. Als die Kasseler Herren sich danach zu ihrem Auto begaben, wurden sie auf der Straße mit einem Steinbombardement verfolgt, bis es ihnen gelungen war, sich aus der Gefahrenzone zu retten.

Dieser Vorgang zeigt, welche Formen der politische Kampf auf dem Land angenommen hat und wie not es tut, mit der Autorität des Staates wieder ernst zu machen.

Verteidigung in Fesseln

Berlin, 15. Juli.

Im Felseneck-Prozeß ereignete sich ein Zwischenfall, der wiederum die Parteilichkeit des Gerichts zeigte. Während der Vernehmung des Kolonisten Witzke richtete der Verteidiger der zu Unrecht angeklagten Proleten, Rechtsanwalt Dr. Litten, an diesen Zeugen mehrere Fragen, die vom Gericht sämtlichst beanstandet wurden. Rechtsanwalt Litten führte über die Zulassung jeder einzelnen Frage einen besonderen Gerichtsbeschluß herbei. Diese Festlegung der unerhörten Haltung des Gerichts wurde, wohl aus verständlichen Gründen, von Gerichtsseite recht unangenehm empfunden. Daher erklärte der Vorsitzende schließlich, daß das Gericht die Verteidigungsführung Rechtsanwalts Litten als Versuch ansehe, politische Interessen (!) in die Prozeßführung hineinzutragen — als ob der Felseneck-Prozeß oder überhaupt eine Gerichtsverhandlung in Deutschland unpolitisch sei! — Das Schwurgericht werde Maßnahmen in Erwägung ziehen, Rechtsanwalt Litten auszuschalten. Die Verteidigung verwahrte sich aufs schärfste gegen diesen Versuch der Knebelung der Verteidigung.

Das Klassengericht in Deutschland hat sich bereits, wie dieser Fall zeigt, vollkommen auf den „Rechtszustand" der offenen Diktatur eingestellt. Das Verhalten der Verhandlungsleitung bezweckt letzten Endes nichts anderes als eine selbst in Deutschland bisher unerhörte Behinderung der Verteidigung. Der SA-Terror in den Straßen findet seine passende Ergänzung durch den Terror im Gerichtssaal.

Deutsche Justiz

Das Schwurgericht der Provinz Rheinhessen hat von vier Kommunisten, die angeklagt waren, einen Nationalsozialisten überfallen und getötet zu haben, einen zu zehn Jahren, den zweiten zu drei Jahren, den dritten zu zwei Jahren Zuchthaus und den vierten zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Den zu Zuchthaus Verurteilten wurden die Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt, drei Zeugen, Kommunisten, wurden im Laufe des Prozesses unter dem Verdacht des Meineides verhaftet.

•

Das Oldenburger Schwurgericht hat den SS-Mann Helms, der angeklagt war, den Reichsbannermann Pauls aus Blexersande erschossen zu haben, wegen einwandfrei erwiesener Notwehr freigesprochen. Das Gericht folgte bei seiner Urteilsfindung völlig der Darstellung des SS-Mannes Helms und seiner Kameraden.

Organisations-Nachrichten

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 5; Telefon 56768.

Abteilungsleiter: Heute abend, 18 Uhr, wichtige Sitzung im Parteibüro.

Achtung! Ortsgruppenführer der SAP in Schlesien. Die Versendung der Wahlzeitung wird sich um einige Tage verzögern. Die Bezirksleitung

Alle Genossinnen und Genossen, die in Kampf-, Betriebs- oder Erwerbslosenausschüssen in Breslau tätig sind, müssen am Sonnabend, den 16. Juli, 20 Uhr, zu einer zentralen Sitzung aller Einheitsfrontorgane im „Oderstrom", Uferstraße 54, erscheinen.

Sozialistischer StudentenVerband: Die Arbeitsgemeinschaft über den „Arbeitsdienst" findet nicht heute, sondern erst wieder Freitag, den 22. Juli statt.

In der Seydewitzversammlung am Sonnabend, den 9. d. Mts., im Schießwerder, wurde eine Brille verloren. Sie ist abzugeben in der Redaktion oder im Parteisekretariat, Kleine Holzstr. 3 I.

Gewerkschaftsnachrichten

Deutscher Metallarbeiterverband

Bauhandwerksmäßige Betriebe: Sonnabend, den 16., 19.30 Uhr, Zimmer 12/14, wichtige Versammlung.

Dreher, Revolverdreher und Dreherinnen: Mittwoch, den 20., 19.30 Uhr, Zimmer 10.

Städtische Betriebe: Mittwoch, den 20., 19.30 Uhr, Zimmer 5.

Autoschlosser: Mittwoch, den 20., 19.30 Uhr, Zimmer 9.

Maschinen- und Konstruktionsschlosser: Donnerstag, den 21., 19.30 Uhr, Zimmer 10.

Feilenhauer: Donnerstag, den 21., 19.30 Uhr, Zimmer 10.

Schweißer u. Elektroschweißer: Donnerstag, den 21., 19.30 Uhr, Zimmer 10.

Metallarbeiterinnen: Freitag, den 22., 19.30 Uhr, Zimmer 5.

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands

Montag, den 18. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, findet im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses die Versammlung der Pensionäre und deren Frauen statt. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht! Mitgliedsbuch dient als Ausweis! Die Ortsverwaltung.

Schöne weiße Zähne

schon nach einmaligem Putzen mit der herrlich erfrischend schmeckenden „Chlorodont-Zahnpaste", schreibt uns ein Raucher. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Versuch überzeugt. g

Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Uebersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

49. Fortsetzung

Herr Leukel hat einen Gedanken. Die Sache ist jetzt klar. Der einzige Ausweg noch. Jetzt hat er einen Funken Hoffnung. Hans ist aufgestanden und sieht Herrn Leukel voll Angst und Erwartung nach dem Mund. Wie oft hat er schon nach Herrn Leukel gesehen? Herr Leukel lächelt nur: „Komm mal übermorgen wieder. Wir wollen mal einen Ausweg überlegen. Junge, das muß doch endlich klappen", macht er ihm Hoffnung, schlägt ihm knallend auf die Schulter: „Wiedersehen", und Hans taumelt über den Korridor.

Auf der Straße scheint die Sonne.

Sie liegt breit und warm über den Menschen und Häusern. Die Menschen freuen sich mit ihm. Manche lächeln, manche nicken ihm wissend zu. Niemand geht an ihm vorbei, durch ihn durch. An der Ecke verkauft eine Frau frühlingsbunte Blumen. Die Frau ist alt und hat ein gutes Gesicht. Ihre Hände hält sie unter der Schürze. Sicher friert sie. In Hans steigt eine Welle von Freude hoch. Jetzt dauert es nicht mehr lange. Gleich ist er am Ziel. Der lange schwere Weg ist zu Ende. Ach, Mutter . . .

Herr Leukel hat noch im Amt zu tun. Er muß Akten bearbeiten, Berichte abgeben, Vermerke machen. Das geht ihm alles heute von der Hand. Er freut sich über seinen Einfall. Jetzt muß doch die Sache wieder in die Reihe gebracht werden können. Er holt sich die Akten: „Fürsorgeerziehung betr. Arbeitsburschen Hans Schulze." Ein stattlicher Band . . . Da steckt allerlei Arbeit drin. Wie oft die wohl schon hin- und hergewandert sind. Jeden Monat sind ein paar Seiten mehr da hinten eingeheftet . . . Er blättert durch die Formulare und Berichte, sehr viel Arbeit von sehr vielen Menschen ist in den Seiten niedergelegt. Da ist ein Brief von Herrn Schulze. Da steht noch was von Verbrecher und Strolch und nicht wieder aufnehmen. Aber da ist der andere auf Seite fünfundsiebzig, in dem derselbe Herr Schulze Antrag auf Entlassung seines Sohnes stellt. Dazwischen liegt die große Wandlung eines Vaters.

Was ist das? Donnerwetter, daran muß ja auch gedacht werden: Ein roter Suchvermerk von der Staatsanwaltschaft. Es läuft ja noch das Strafverfahren gegen Hans Schulze wegen Unterschlagung. Die Staatsanwaltschaft bittet um Mitteilung, sobald der Aufenthalt des Angeklagten bekannt ist! Die Sache kommt noch vor das Jugendgericht, aber da sitzt ein feiner Richter, ein vernünftiger Mensch, ein Mensch Strafaussetzung werden wir wohl auf jeden Fall herauskriegen . . . Das Gericht macht Herrn Leukel jetzt die wenigste Sorge, man muß nur aufpassen, daß da nichts versiebt wird und daß das Gericht einen Bericht über die ganzen Zusammenhänge erhält. „Dafür werde ich schon sorgen", beschließt er und legt den schweren Aktenband in das Fach.

Fünf Uhr. Es wird Zeit für den Außendienst. Zuerst die Brunnenstraße. Dritter Hof rechts. Vier Treppen. Nachprüfung der häuslichen Verhältnisse. Es muß festgestellt werden, ob Walter Gern, zur Zeit in der Anstalt, zu Hause wieder Aufnahme finden kann. Vor zwei Jahren kam Walter in die Fürsorge, weil er sich häufig herumgetrieben hatte und dann nächtelang von Hause fortblieb. Vater tot. Mutter lebt von Heimarbeit. Hosennähen. Lungenkrank. Kochstube. Bett und Sofa.

Was soll sich da in den zwei Jahren geändert haben? Frau Gern kam ab und zu ins Amt, um zu hören, wie es dem Jungen ging. Viel Zeit hatte sie nicht. Wenn sie spazieren ging, merkte sie es nachher bei der Ablieferung und noch mehr bei der Abrechnung. Sie war durch und durch krank, und sie lebte immer wieder in der Sorge, daß man ihr deswegen keine Heimarbeit mehr geben würde. Was dann?

Das Jugendamt hatte sie damals der Lungenfürsorgestelle mitgeteilt, und die hatten allerlei gute Ratschläge von besser leben und frischer Luft. Eine nette Schwester war mal gekommen mit guten Meinungen, aber sie war ehrlich genug, dabei ein schlechtes Gewissen zu haben. Denn das sah doch jeder: Wenn Frau Gern ihre Heimarbeit aufgeben mußte, war es einfach ganz aus . . . Dann konnte sie still und leise verhungern.

Der erste Hof ist hell und asphaltiert. Der zweite ist kalt und schmutzig und der dritte ist eine große Pfütze. Hier gibt es keine Sonne. Ueber vier grauen, düsteren Mauern steht ein blaugrauer Himmel. Zehn Meter im Quadrat. Genau abgeteilt. Jeden Tag klettern die Wolken von Hungergerüchen und Kohldünsten und Flüchen und Klatsch den Schacht hinauf und treiben über die Dächer davon.

Die Stufen der Treppen sind abgetreten. Die Wände sind voll Sprünge und Löcher. Alle Treppenhäuser dieser Straßen sind gleich. Sie sind in der Brunnenstraße wie in der Ackerstraße oder in der Großen Frankfurter. So empfinden es die Menschen auch nicht so sehr. Keiner wohnt besser als der andere. Nur die andern wohnen anders . . .

Frau Gern ist tief erschrocken. Auch das noch. Es kommt mal wieder jemand vom Amt. Mit einer Tischdecke hat sie schnell ihre Arbeit zugedeckt. Aber ein Stapel Hosen liegt da noch und Frau Gern kann es nicht mehr verhindern. „Es ist einerlei", denkt sie wütend und bietet Herrn Leukel den einzigen freien Stuhl an. Die Wohnung ist wie alle Kochstuben. Vom Herd zum Bett oder zur Nähmaschine zu gehen bedeutet keine Anstrengung. Gleich ist man da.

Herr Leukel sieht sich um. Und Frau Gern hustet. Sie hält ein Tuch vor den Mund, aber sie muß doch husten. Gerade jetzt muß sie husten, und es dauert eine Weile, bis der Anfall vorbei ist. Herr Leukel hat genug gesehen und genug gehört. Er könnte ja jetzt wieder gehen. Es hat sich wahrhaftig nichts geändert. Die Kochstube ist nicht größer geworden, auch nicht kleiner. Frau Gern arbeitet noch immer. Und hustet auch noch immer. Solange sie noch hustet, lebt sie auch noch. Das steht fest.

Walter soll auf dem Sofa schlafen, auf dem jetzt Stoffreste und ein paar alte Kleider liegen.

„Ja, und er soll arbeiten und seine alte, kranke Mutter unterstützen. Der Junge muß doch mal vernünftig werden."

Arbeit?

Nein, Arbeit hat er noch nicht in Aussicht. Aber er wird schon was finden. Ich muß ja auch arbeiten, und ich bin alt und krank. Verbittert und welk starrt ihn das faltige Gesicht an. Zweiundfünfzig ist die Frau alt. Drei Kinder tot. Zehn Jahre ernährt sie sich und den Jungen allein. Wie alt diese Frauen immer aussehen. Kochstube. Heimarbeit. Was soll da bleiben?

Herr Leukel überlegt: Wie lange wird es dauern, dann reißt Walter hier wieder aus. Dann kann er es in der Enge der Stube und bei der verbitterten Kranken nicht mehr aushalten. Darf man ihn überhaupt zu der Kranken geben? Frau Gern will sich jetzt wirklich mit der Lungenfürsorgestelle in Verbindung halten. Sie verspricht es zitternd: „Nur geben Sie mir endlich den Jungen wieder nach Hause . . ."

Noch so zwei, drei Rücksprachen, und dann klingelt Herr Leukel gegen acht Uhr in der Großen Frankfurter. Klingling. Ganz feierlich ist ihm. Das ist ein bedeutungsvoller Gang. Was werden die sagen . . .? Aufnehmen werden sie ihn ja mit Freude . . . Ist denn niemand zu Hause? Er klingelt nochmal und dann huscht drin jemand an die Tür. Wer ist denn da? Eine Kinderstimme? Ach, das ist die Schwester von Hans. Die wird wohl jetzt auch bald aus der Schule kommen . . . Was soll er denn sagen, wer er ist . . . Gar nichts . . .

„Ich möchte mal Deinen Vater sprechen oder Deine Mutter . . ."

„Es ist niemand da", kommt es durch die Tür. „Ich darf nicht aufmachen."

Das ist eine Enttäuschung. Nun ist niemand da, und es vergeht womöglich wieder kostbare Zeit. Aber, als er noch überlegt, steht plötzlich eine junge Dame neben ihm und mustert ihn neugierig und etwas verlegen, auch vielleicht ein wenig ängstlich, denn er steht vor ihrer Wohnung.

Aber, als sie erfährt, „Jugendamt", zuckt sie zusammen. Hans . . . Hans . . . Hans . . .

Dann sitzen sie sich in der Küche gegenüber.

(Fortsetzung folgt.)

Politisches Kabarett

Hugenberg fischt

In einer Fraktionserklärung der Deutschnationalen heißt es laut „Berliner Börsen-Courier":

Wiederauferstehung der deutschen Nation wird das Kennwort dieser Wahl sein. Die Deutschnationale Volkspartei, die wie bisher unter diesem Kennwort f i s c h t . . .

Aber wer beißt an?

Fehlfarben

In der Auslage eines Neuköllner Zigarrengeschäfts steht eine Kiste Zigarren, Marke „Hindenburg". Auf der Innenseite des Deckels prangt das von schwarz-rot-goldenen Farben umgebene Bild des Reichspräsidenten. Auf den Zigarren liegt ein Zettel. Er trägt die Aufschrift: „Fehlfarben".

Neue Moral

Paul Wiewall steht vor dem Richter.

Wegen schwerer Körperverletzung, begangen an seinem Freund Karl.

Und der Richter fragt:

„Wie kamen Sie eigentlich dazu, Ihren Freund dreimal mit einer Bierflasche auf den Kopf zu schlagen?"

„Er hatte mir schwer beleidigt!" sagt Paul böse.

„So. Und wodurch denn?" forscht der Richter weiter.

„Durch ein janz jemeines Schimpfwort!" antwortet Paul düster.

„Und wie hieß denn das Schimpfwort?"

„Er sagte zu mich, ick hätte en Karakter wie ein Jeneraldirektor!" sagt Paul.

Dem deutschen Volke!

Nicht Mord noch Brand noch Kerker,
noch Standrecht obendrein,
es muß noch kommen stärker,
wenn's soll von Wirkung sein!

Zu Bettlern sollt ihr werden,
verhungern allesamt,
zu Mühen und Beschwerden
verflucht sein und verdammt!

Euch soll das bißchen Leben
so gründlich sein verhaßt,
daß ihr es weg wollt geben,
wie eine Qual und Last!

Dann, dann vielleicht erwacht doch
in euch ein neuer Geist,
der Geist, der über Nacht noch
euch hin zur Freiheit reißt!

Hoffmann von Fallersleben, der Dichter des Deutschlandliedes.

Ehre sei Gott in der Höh'

Der „Fränkische Kurier" schreibt von der letzten Fronleichnamsprozession in Erlangen:

„Die Reichswehr hatte in den Straßen Spalier gestellt, das Sanktissimum war von der Reichswehr eskortiert unter Vorantritt der Reichswehrkapelle. Bei jedem Evangelium gab die auf der Riviera aufgestellte Artillerie d r e i E h r e n s c h ü s s e ab . . ."

Die Jünger haben sicher auch in ihren künsten Träumen nicht eine solche schneidige Ehrung des Herrn Jesus vorausgeahnt.

Juden im „Dritten Reich"

Kommt ein Jude aufs Finanzamt. Von wegen Einkommensteuer. Es entstehen Differenzen zwischen ihm und dem Beamten. Schließlich ruft der Jude: „Na, warten Sie nur ab! Das wird alles anders, wenn erst das „Dritte Reich" gekommen ist." Der Beamte kann nicht umhin, zu lachen: „Das sagen Sie mir? Was soll Ihnen das schon nützen?" „Nun", sagte der Jude, „was wird dann stehen über dem Eingang vom Finnzamt, in goldenen Buchstaben und mit Hakenkreuzen verziert? Juden ist der Zutritt verboten"!

Das christliche Regiment

Eine schöne Bescherung:

Kürzung der Sätze in der Arbeitslosenversicherung, Kürzung der Sätze in der Krisenfürsorge, Kürzung der Wohlfahrtsunterstützung, verschärfte Bedürftigkeitsprüfung, Aufhebung des Versicherungscharakters der Arbeitslosenversicherung . . .

„Aber das ist ja unerhört", ereifert sich ein Mitmensch. „Das ist ja ein Schlag ins Gesicht! Wo bleibt da das Christentum, das die neuen Männer immer im Munde führen?"

„Was wollen Sie? Man handelt eben nach dem Bibelwort: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!" sagt ein Weiser.

(Simplizissimus.)

Sozialdemokrat zu Hause

„Meine Frau wollte unbedingt, daß unser Junge Otto genannt wird, und ich wollte ihn durchaus Paul nennen. Aber schließlich haben wir das kleinere Uebel gewählt und ein Kompromiß geschlossen."

„So? Wie heißt denn der Junge jetzt?"

„Otto!"

Der Hengstkastrierer

Im „Rostocker Anzeiger" ist das folgende Inserat erschienen:

Achtung! Achtung!

Wir lassen uns durch Hohn, Spott und Flugblätter nicht irreführen! Die Minute und Stunde wird schlagen, wo die Zügel in die Hand genommen werden!

Daher wählt nur
Adolf Hitler.

Nur Hitler ist der Mann, der das deutsche Volk noch retten kann.

Karl Burmeister,
t i e r ä r z t l i c h g e p r ü f t e r H e n g s t k a s t r i e r e r,
Alexandrinenstraße Nr. 22.

Erst die Arbeiterklasse durch Vernichtung ihrer Organisationen kastrieren und dann: die Zügel in die Hand genommen! Das ist die Nazi-Politik.

★

In der „Kölnischen Zeitung" finden wir:

„Nach diesem Gesetz ist auch Graf Schwerin von Krosigk nach seiner Ernennung zum Finanzminister i n d e n R u h e s t a n d g e t r e t e n."

Leider nur als Staatssekretär.

Hinter den Kulissen der bürgerlichen Kultur

Die Internationale der Barbarei

Vor einigen Monaten veröffentlichten wir an dieser Stelle den wahrheitsgetreuen Bericht vom Schicksal eines s t u m m e n und s c h w a c h s i n n i g e n Mädchens, das ohne seinen Willen, ja ohne Wissen und Verstehen geschwängert worden war — dem aber die beamteten Aerzte einer deutschen Großstadt das Recht auf Unterbrechung der Schwangerschaft trotz aller Bemühungen ihrer Verwandten und Freunde versagten. Solches geschieht nicht nur in Deutschland. In ungarischen Zeitungen wird das Gesuch einer Siebzehnjährigen veröffentlicht, die auf diesem Wege den Staatsanwalt bittet, dem Kreisarzt die Genehmigung zur Vornahme einer Schwangerschaftsunterbrechung zu erteilen. Ihre Schwangerschaft stammt von E i n b r e c h e r n, die sie im Hause überfallen hatten. Sie weiß, daß das Gesetz den Eingriff verbietet. Sie meint aber, daß es Fälle gibt, in denen eine Unterbrechung der Schwangerschaft nicht nur erlaubt, sondern geboten sein sollte. Sie droht mit Selbstmord, falls sie nicht von dieser ihr ohne ihre Schuld aufgedrungenen Schwangerschaft befreit werde.

Wie die „Neue Generation" hierzu erfährt, ist dieser Appell an die Oeffentlichkeit bei den zuständigen Behörden auf starre Ablehnung gestoßen. Warum sollte man auch in Ungarn einsichtiger und menschlicher sein als in Deutschland? Die reaktionären Mächte bilden eine festgefügte Internationale der Barbarei. Sie handeln alle nach dem „schönen" Wort, das kürzlich ein amerikanischer Geistlicher in der Zeitschrift „The nation" veröffentlichte: „Ich bin Gegner der Geburtenregelung unter den Arbeitern. Ich halte es für notwendig für die Ruhe und das Gedeihen der Gesellschaft, daß ein großer Ueberschuß an Armen vorhanden ist. Nur im Verhältnis zu ihrer großen Zahl ist es möglich, ihre Löhne niedrig und den allgemeinen Wohlstand aufrechtzuerhalten." Man muß anerkennen, daß dieser „Diener Gottes" bemerkenswert ehrlich gesprochen hat.

Ein Winter ohne Schulunterricht

Das sächsische Volksbildungsministerium veröffentlicht soeben eine Mitteilung, die Aufsehen erregen muß, zumal damit zu rechnen ist, daß nicht nur in Sachsen, sondern allgemein in Deutschland die gekennzeichneten Zustände bestehen. Nach dieser Veröffentlichung unterlassen es zahlreiche Schulbezirke angesichts ihrer wirtschaftlichen Lage, die notwendigen H e i z s t o f f e für den kommenden Winter zu beschaffen, wobei sie hoffen, schließlich eine entsprechende Staatsbeihilfe zu erhalten. Das Ministerium weist nun darauf hin, daß den Staaten hierfür keine Mittel zur Verfügung stehen und daß Unterstützungsgesuchen zwecks Fortführung des Schulbetriebes nur in seltenen, besonders gelagerten Fällen und ganz ausnahmsweise stattgegeben werden könne. Die Bezirksschulämter und Schulbezirke, so verkündet das Ministerium, tragen die volle Verantwortung dafür, daß der notwendige laufende Aufwand für den Schulbetrieb aufgebracht wird.

Verantwortung ist eine ganz schöne Sache, aber damit läßt sich nun einmal keine Kohlenrechnung bezahlen. Diese ministerielle Veröffentlichung beleuchtet blitzlichtartig die kulturelle Situation in Deutschland. Im kommenden Winter werden vielleicht Tausende und Abertausende von Arbeiterkindern, die schon daheim keine warme Stube finden, ohne Unterricht, und damit ohne Unterschlupf wenigstens für einen Teil des Tages, bleiben. So häufen sich die Beweise dafür, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung zurücksinkt in den Zustand der Barbarei.

Krieg im Frieden — Versuche am lebenden Menschen

Vor Jahren erregte das Buch, das die Schweizer Chemikerin Gertrud W o k e r über die Gefahren eines künftigen Giftgaskrieges veröffentlichte, berechtigtes Aufsehen, weil es mit größter Sachkenntnis die unvorstellbaren Schrecken eines neuen Krieges darstellte. In diesen Tagen ist das Buch unter dem Titel „D e r k o m m e n d e G i f t - u n d B r a n d k r i e g" in einer neuen, wesentlich erweiterten und bis auf den jetzigen Stand der Rüstungen weitergeführten Ausgabe herausgekommen (Verlag Ernst Oldenburg, Leipzig). Das Buch enthält ein Material, das für alle Befürworter eines neuen Krieges schlechthin vernichtend ist; besonders wichtig ist im gegenwärtigen Zeitpunkt des überall sich ausbreitenden Luftschutzrummels der klare und unwiderlegliche Nachweis, daß es einen Schutz der Zivilbevölkerung im Gift- und Brandkrieg n i c h t geben kann.

Das größte Entsetzen erregt jedoch bei der Lektüre dieses Buches das Kapitel, aus dem wir erfahren, daß seit Jahren in Amerika, England, Polen — und sicher auch in anderen Staaten — die neuesten Giftgase usw. an Soldaten ausprobiert werden, um die Wirkungen dieser Vernichtungsmittel auf den menschlichen Körper genau studieren zu können. Nicht nur an Mäusen, Meerschweinchen, Kaninchen, Hunden und Katzen, nein auch an Menschen werden diese Experimente gemacht — an Menschen, die sich vorher vollkommenster Gesundheit erfreuen und nach den Experimenten in einem hohen Prozentsatz der Fälle den furchtbarsten Qualen, oft lebenslänglichem schrecklichstem Siechtum ausgesetzt sind. So herrlich offenbart sich die Kultur unseres gepriesenen Jahrhunderts.

Beleidigung des Schahs von Persien strafbar

In der Schule hören die Kinder von ausländischen Potentaten, darunter von solchen aus Persien. Soweit es sich nicht um Hohenzollern handelt, pflegt diese Berichterstattung einigermaßen objektiv zu sein: die gekrönten Staatsoberhäupter sind abwechselnd Narren oder blutdürstige Verbrecher und ihre Völker arme, ausgebeutete Menschen. Das darf auf Grund der geschichtlichen Tatsachen berichtet werden. Für einheimische Staatsoberhäupter gilt jedoch ein besonderer Tarif.

Erst die Republik von 1932 hat entdeckt, daß der Perserschah im Namen der Staatsautorität der Deutschen Republik geschützt werden müsse. Der verantwortliche Redakteur der in Berlin erscheinenden persischen Zeitung „Peykar" hatte sich wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Er ist deutscher Staatsbürger und Insasse der Deutschen Republik.

Unter völligem Ausschluß der Oeffentlichkeit, auch der Presse, bestrafte das Gericht der Deutschen Republik den Mann, der die Kühnheit hatte, die persische Majestät zu beleidigen, zu sechs Wochen Festung.

Da Seine Majestät selbst einen besonderen Schutz in Deutschland nicht genießt, erfolgte die Verurteilung wegen Gefährdung der Staatssicherheit in Deutschland. Die Deutsche Republik ist eben mangels eigener Monarchen — vorläufig — gefährdet, wenn das Prinzip jeder Monarchie verletzt wird: das Prinzip der Barbarei.

Wir in Deutschland haben nur das Prinzip und keinen Monarchen. Dafür aber einen monarchistischen Verfassungsminister und Gerichte. Solche Gerichte!

Mord als Geschäftsreklame

Das deutsche Proletariat hat noch nicht jenen 11. März 1919 vergessen, an dem in Berlin unter dem Kommando des Oberleutnants Marloh 32 Matrosen ermordet wurden.

Selbstverständlich ist der Herr Oberleutnant jetzt Pg bei den Nazis, außerdem handelt er mit Zigarren. In einem Werbeschreiben an seine Parteigenossen empfiehlt er sich und seine Ware durch den Hinweis auf seine Verdienste in der Revolutionszeit:

„Sehr geehrter Herr Parteigenosse!

Auf Veranlassung von Herrn Pg Kube, MdL, bitte ich Sie, mein Kunde zu werden.

Mein Name wird Ihnen noch bekannt sein durch den Marloh-Prozeß 1919, wegen Erschießung der 30 Liebknecht-Matrosen, die ich als Freikorpskämpfer auf Befehl der Regierung bzw. meiner Vorgesetzten in der klaren Erkenntnis angeordnet hatte, daß ein Aufstieg Deutschlands nur nach Vernichtung des Bolschewismus möglich sei. . . ."

Nazis! Kauft nur bei Euren Mördern! Das ist der kurz zusammengefaßte Sinn dieser Geschäftsreklame.

In Siam wurde König Prachatipok, das Haupt der letzten absoluten Monarchie der Welt, durch eine Revolution gestürzt und von Revolutionären gefangen gesetzt.

Spart Eure Waffen

Gelesene Zeitungen, Flugblätter, Broschüren nicht wegwerfen, sondern weitergeben!

★

Werbt überall
für die

Liste der SAP

Notopfer für die Partei

Für den Kampffonds der SAP beim Parteivorstand sind weiter eingegangen:

F. G., Koblenz 2; M. O. Durlach 2,30; A., Berlin 3; J. R., Mariendorf 3; N. V., Berlin 3; W. K., Berlin 3; K. B., Berlin 3; M. G., Berlin 3; M., Celle 4,40; P. St., Mülheim 5; E. W., Zwickau 5; F. B., Klingenthal 6; SAP Großolbersdorf 6,40; E. F., Berlin 10; N. B., Saalfeld 15 Mark.

Wir quittieren auch diese Beträge mit Dank. Weitere Zahlungen erwarten wir auf Postscheck-Konto 416 79 Leipzig, Max Seydewitz, Berlin. Die nächsten Tage müssen im Zeichen erhöhter Aktivität stehen. Dabei muß auch jede Möglichkeit zur Geldbeschaffung für den Wahlfonds ausgenutzt werden. Schickt die Beträge jeweils sofort ein.

Werbt Abonnenten

Genossinnen u. Genossen! Geschäftsleute, die Eure Kundschaft wünschen, inserieren in der SAZ

Berlin

HAUS VATERLAND
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: 17 Warbw. 1477
Sonnabend, d. 16. Juli
8.30 Uhr
Die eiserne Jungfrau
Gartenbühne
5.30 Uhr
Konzert und Varieté
8.15 Uhr
Drei arme kleine Mädels

Planitz

Verein für Leibesübungen - Planitz
Sonntag, den 17. Juli, ½5 Uhr
1. Schwimmfest
im neuen Strandbad
Kunstspringen · Wasserballspiele · Staffetten
Kunstreigen · Außerdem Strandkonzert
Die Einwohnerschaft von Planitz ist hierdurch herzlichst eingeladen :: Volkstümliche Preise

Breslau

KAFFEE HAG
10% billiger!
Das große Paket RM 1.46
Das kleine Paket RM 0.73
Stets frisch bei:
Paul Biehl
Kolonialwaren
9% Rabatt
Alsenstr. 13 und Alsenstraße 89

Kleine Sportnachrichten

Freie Schwimmer Breslau E. V.: Alle Kinder, die nach Hermsdorf zum Kreiskindertreffen fahren, sind Montag, 18. Juli, früh 9 Uhr im Poseidonbad zur Besprechung.

Abteilung Zimpel: Bis Sonnabend müssen alle Hermsdorf-Fahrer den Fahrtbeitrag beim Leiter Gen. Lindner bezahlt haben.

Waldenburg-Fahrer: Autofahrer Sonntag, 17. Juli, früh 5 Uhr, Blücherplatz.

Verantwortlich: R. Pfaff Breslau; für Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung". Breslau. Druck: Th. Schatzky AG, Breslau, Neue Graupenstr. 7.
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telephon 206 02.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.
Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telephon 206 02.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2.10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2.10 zuzüglich RM. 1.30 Porto monatlich.

Schlesischer Arbeiter-Sport

Fußballvorschau

Fußballvorschau für Sonnabend, den 16. Juli 1932

Nur wenige Spiele kommen am Wochenende zum Austrag. Das Wichtigste ist:

1921—Peterswaldau auf dem Rotweiß-Platz am Westpark. 1921 steht vor einer sehr schweren Aufgabe. Peterswaldau ist Bezirksmeister des 6. Bezirks und tritt am Sonnabend in stärkster Besetzung an. 1921 will Gelegenheit nehmen, die zu Pfingsten in Peterswaldau erlittene Niederlage auszuwetzen und hat aus diesem Grunde eine wesentlich verstärkte Mannschaft zur Stelle. Wer aus diesem mit Interesse erwarteten Kampf als Sieger hervorgehen wird, ist sehr schwer zu sagen. Das Spiel beginnt um 18 Uhr.

Vorschau für Sonntag, den 17. Juli 1932

Aeußerst stark ist der Spielbetrieb am Sonntag. Guter, werbender Sport ist auf alle Fälle zu erwarten. Die Anfangszeiten der Spiele sind am Schluß angegeben. Es spielen:

VfL. Einigkeit in Gandau. Da VfL. in veränderter Mannschaftsaufstellung antritt und Einigkeit gleichfalls in neuer Aufstellung herauskommt, ist ein spannendes Spiel zu erwarten. (18.00 Uhr.)
1924 Wratislawia auf der Brückenaue. Hier hat es den Anschein, als ob 1924 vor einem Erfolg stehen sollte. (17.30 Uhr.)
Fortuna Lanisch in Koberwitz. Man kann Lanisch gegen die kampffrohe Fortuna-Mannschaft keine Aussicht auf Sieg geben. (17.00 Uhr.)
Rotweiß—Blauweiß am Westpark. Ohne Zweifel ist dieses das beste Spiel des Vormittags, stehen sich doch hier Spitzenführer der 1. und 2. Klasse gegenüber. Es wäre an sich keine Ueberraschung, wenn Rotweiß dieses Spiel für sich entscheidet. (10.00 Uhr.)
Herrnprotsch—Südost in Herrnprotsch. Obwohl Herrnprotsch eine beachtenswerte Mannschaft ist, werden sie gegen Südost sicher verlieren. (17.30 Uhr.)
Rothsürben—Koberwitz in Rothsürben. Ein Unentschieden würde nicht überraschen. (17.30 Uhr.)
Diana—Oswitz in Steine. Da das Spiel in Steine stattfindet, muß Oswitz in voller Besetzung antreten, wenn sie nicht verlieren wollen. (17.30 Uhr.)
Cawallen—Schmarse in Cawallen. Die bessere Stürmerreihe Cawallens wird für den Sieg maßgebend sein. (17.30 Uhr.)
Herold—Bernstadt in Sacrau. Bernstadt wird selbst bei einer guten Kampfleistung gegen Herold nicht bestehen können. (17.00 Uhr.)
1928—Schlesien in Goldschmieden. Hier ist ein interessanter Kampf zu erwarten, da beide Mannschaften annähernd gleich spielstark sind. Auf Grund der Platzkenntnisse könnte 1928 einen knappen Sieg erringen. (18.00 Uhr.)
FSB—Einheit im Bebelpark. Man erwartet mit bestimmter Sicherheit FSB als Sieger. (18.00 Uhr.)
Stern—Peterswaldau in Gräbschen. Als Abschluß der Werbewoche hat sich Stern den Meister des 6. Bezirks verpflichtet. Da Peterswaldau aber bereits das zweite Spiel austragt, müßte Stern eigentlich gewinnen. (17.30 Uhr.)
VfK—Adler in Herrmannsdorf. In dem Werbespiel in Herrmannsdorf wird Adler als Sieger erwartet. (17.00 Uhr.)
Schmolz—Cawallen in Schmolz. Der Sieger heißt Cawallen. (17.45 Uhr.)
Canth—Hundsfeld in Canth. Nach Kampf sollte Hundsfeld das Spiel für sich entscheiden. (17.45 Uhr.)
Obernigk—VfR in Obernigk. Bei der Gleichmäßigkeit beider Mannschaften ist mit einem abwechslungsreichen Spiel zu rechnen. (17.00 Uhr.)
Trebnitz—Blaugelb in Trebnitz. Trotzdem Blaugelb in stärkster Aufstellung antritt, werden siegegen Trebnitz verlieren. (17.45 Uhr.)
Wacker—Rosenthal in Riemberg. Zum Werbespiel dürften sich beide in stärkster Aufstellung gegenübertreten. Dabei sollten die eifrigeren Rosenthaler die Oberhand behalten. (17.45 Uhr.)
Wohlau—Herta in Wohlau. Herta trifft hier auf einen Gegner, der überaus gut kämpft. Nur nach einer guten Gesamtleistung sollte Herta der Sieg glücken. (17.00 Uhr.)
Sturm—Rapid in Grosen. Beide Mannschaften haben in letzter Zeit gute Resultate erzielt, so daß mit einem spannendem Spiel zu rechnen ist. (17.45 Uhr.)
Vorwärts—Masselwitz in Dyhernfurth. Zeigt Masselwitz die Leistungen der letzten Sonntage, so ist ihnen auch hier ein Sieg sicher. (17.45 Uhr.)

Ausschreibung zu den leichtathletischen Wettkämpfen beim Alterstreffen des I. Bezirks am 4. September 1932 in Oels

Am 4. September werden sich die Altersportler des ersten Bezirks in Oels ein Stelldichein geben. Umfangreiche Wettkämpfe sind dabei vorgesehen. Die Ausschreibung sieht folgende Wetthewerbe vor:

Männer:
Jahrgang 1887—1891. Vierkampf: 100 m-Lauf, Kugelstoßen 7¼ kg, Schleuderballweitwurf und Hochsprung mit Anlauf.
Jahrgang 1892—1896. Vierkampf: 60 m-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Kugelstoßen, Medizinballweitwurf aus dem Stand.
Jahrgang 1891 und älter. Vierkampf: 60 m-Lauf, Weitsprung aus dem Stand, Schleuderball und Medizinballweitwurf.

Frauen:
Jahrgang 1897—1901. Vierkampf: 60 m-Lauf, Kugelstoßen 4 kg, Schleuderball, Weitsprung mit Anlauf.
Jahrgang 1892—1896. Vierkampf: 60 m-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Ballweitwurf, Schleuderball.
Jahrgang 1891 und älter. Vierkampf: 60 m-Lauf, Weitsprung aus dem Stand, Ballweitwurf, Medizinballweitwurf aus dem Stand.

Staffeten:
Männer 4 mal 100 m Rundstafetten
Frauen 4 mal 100 m.

Rundstafetten: 10 mal 60 m, gemischte Pendelstafetten 5 Frauen, 5 Männer eine Mannschaft.

Teilnahmeberechtigt sind sämtliche Altersportler und Altersportlerinnen der Vereine des ersten Bezirks. Meldungen müssen bis zum 31. August in Händen des Bezirks-Sportwartes Gen. Paul Rudolph, Breslau, Gabitzstr. 106, sein. Die Wettkämpfe beginnen gegen 13 Uhr.

Voranzeige: Am 11. September werden beim Vereinssportfest der FT Breslau die leichtathletischen Mannschaftswettkämpfe lt. Bundesbedingungen ausgetragen. Sämtliche Vereine des ersten Bezirks können dazu ihre Meldungen abgeben. Ausschreibung erfolgt rechtzeitig.

Werbesportfest der Fr. Turnerschaft Breslau—Deutsch-Lissa am 21. August in Deutsch-Lissa

Die Freie Turnerschaft Dt. Lissa führt am obigen Datum eine Werbeveranstaltung durch, die aufs neue die Vielseitigkeit des Arbeitersportes zeigen soll. Auf dem Sportplatz in Kl. Heidau werden am Vormittag die Ausscheidungskämpfe der Leichtathleten vor sich gehen. Am Nachmittag werden die Endkämpfe, sowie Handballspiele das Feld beherrschen. Das Sportfest ist offen für alle dem Arbeitersportkartell angeschlossenen Vereine, sodaß mit einer starken Teilnahme der Breslauer Sportler gerechnet wird. Die Ausschreibung zu den einzelnen Wettkämpfen erfolgt in nächster Zeit.

Notizen

Freie Turnerschaft Breslau E. V.

Vereinssportfest der Freien Turnerschaft

Das Vereins-Sportfest findet in diesem Jahre voraussichtlich am 28. August auf dem Sportplatz im Bebelpark statt. Neben den vom Bund ausgeschriebenen leichtathletischen Serien-Mannschaftswettkämpfen gelangen Kurz-, Mittel- und Langstreckenläufe, sowie verschiedene Disziplinen in Wurf- und Sprungübungen zur Ausschreibung. An Stafetten sind 4 mal 100, 3 mal 200, Olympische und Pendelstafetten vorgesehen. Gegen Schluß der Veranstaltung gelangt die Hauptstafette für Männer des diesjährigen Straßenlaufes auf der Aschenbahn zum Austrag. Schüler und Schülerinnen, Jugend, Männer, Altersportler und Turnerinnen können sich aktiv beteiligen. Ein Handballspiel zwischen SilKick und Stabelwitz ist als Abschluß vorgesehen.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität"
16. Juli Mondscheinfahrt der Ortsgruppe nach Dyhernfurth, Start 20.30 Uhr am Brockauer Platz. Lampion nicht vergessen. 17. Juli Ausfahrt der Ortsgruppe nach Weidenhof, Start 13.30 Uhr am Matthiasplatz. Achtung! Die Einkehrstelle in Weidenhof ist nicht mehr in der Konditorei, sondern bei Stellmach, Lokal zur Friedenseiche, früher Weihrauch.
Jugendabteilung: 17. Juli Ausfahrt nach Dyhernfurth, Start 6 Uhr am Trebnitzer Platz.
Kraftfahrerabteilung: 17. Juli Tagesbadetour nach Peisterwitz bei Ohlau, Start 8 Uhr an der Güntherbrücke in Breslau-Zimpel. Fahrordnung: In Gruppen. Fahrtleiter: Genosse Göbel. Nachmittag 13 Uhr dasselbe Ziel.

PROLETON
Gabitzstraße 20/22 — Höfchenstraße 46
Ab Freitag, den 15. bis Donnerstag, den 21. Juli 1932
Beginn ½6, 7 und ½9 Uhr
Auch im Sommer einmal eine Kino-Unterhaltung
Wir bieten:
Kühle Räume
Zweitstandard-Tonfilme
Neuaufführung des populärsten Tonfilms
Zwei Herzen im ¾ Takt
Ein Film, den noch viele einmal sehen wollen, mit Gretl Theimer, Willi Forst, Irene Eisinger, Walter Janssen
Neueste Tonwochenschau
Emil und die Detektive
nach einem Roman von Erich Kästner, für junge Menschen zwischen 70 und 0, zum Jungsein und zum Totlachen
Ab 60 und 30 Pfg. — Jugend hat Zutritt!
Arbeiter-Sport-Kartell

Lest die SAZ

WALHALLA
Kino am Wachtplatz
Beginn ½5 · 7 · ½9 Uhr
Ein Terra-Großlustspiel mit Felix Bressart
Trara um Liebe
Regie: Richard Eichberg
Mitwirkende:
Martha Eggerth
Georg Alexander
Maria Paudler
Ernst Verebes
Außerdem:
Ein Mickeymaus-Film
Der Liebesmarkt
Ist Liebe käuflich?
Das Theater ist eingeheizt!

KABA
das nichtstopfende, wohlschmeckende Familien-Getränk
Stets frisch zu haben bei
K. Haunschild
Kolonial-Waren, Gräbschener Str. 58

Wo decke ich meinen Bedarf?

ODERTOR U. SCHEITNIG

Richard Karsunky & Co
Möbel
Rosenthaler Str. 2, Ecke Matthiasstr.

Schuhvogel
Friedrich-Wilhelmstr. 66
Scheitniger Straße 12

Drogerie „Zum Großen Kurfürsten"
Richard Elison
Matthiasstraße 161/163

ff. Fleisch- und Wurstwaren
Karl Klimpke
Hirschstraße 70

Richard Gelse ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Bismarckstraße 24

Bäckerei u. Konditorei Karl Pusch
Hedwigstraße 22
Filiale: Sternstraße 122 — Carlowitzermarkt 11

Fahrräder bei mir schon ab 31.50
Bereifungen, Ersatz- und Zubehörteile ganz besonders billig
Achten Sie genau auf die Adresse **Paul Eichler Adalbertstr. 26**

Reserviert!
Nr. 101

Alles für Haus und Küche
nur im **Kaufhaus am Dom**
immer billig und gut.
(Bei Abgabe der Zeitungskoupons Extrarabatt)

OHLAUER TOR

Genossen!
kauft im
Unterstützt Euren Genossen
„Sika-Wäschehaus"
Klosterstraße 13, Ecke Feldstraße

Kauf: im
Fahrradhaus Ost
Fahrräder, sämtliche Ersatzteile, Reparaturen
„Ost ist am billigsten"
Klosterstraße 17
Inh. A. Ollschewski

Schuhhaus Paul Bürkner
Mauritiusplatz 2
Schuhwaren — Reparaturwerkstatt — Schuhfärberei

Hermann Schölzel
Fahrräder / Motorräder / Reparatur-Werkstatt
Klein-Tschansch — Karl-Marx-Str. 33

9% M. Kricke 9%
Kolonialwaren — Weine — Tabake
Löschstraße 17

Bäckerei, Konditorei **Bruno Guckel**
Margaretenstraße 15
empfiehlt sich bestens.

O. Müller
Lebensmittel
Mühlenfabrikate
Molkereiprodukte
Vorwerkstraße 9, Ecke Grünstraße

Leserinnen und Leser der SAZ!
Schneidet untenstehende Kupons aus!
Tragt sie bei Euch!
Gebt sie in den Geschäften ab!
Ihr unterstützt damit Eure Zeitung und ermöglicht ihren Ausbau.

Genossinnen und Genossen, gebt bei Euren Einkäufen untere Kupons in den Geschäften ab

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"